

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interflon-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Korrekturen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (gültig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Stichwahl in Düsseldorf.

Die Düsseldorf Reichstagswahl hat, wie vorauszusehen war, im ersten Wahlgange keine Entscheidung gebracht. Es wird vielmehr zur Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten Haberland und dem Zentrumskandidaten Wanddirektor Dr. Friedrich kommen. Die Stichwahl ist für den sozialdemokratischen Kandidaten eine aussichtsreiche, da sich die Stimmen bei dem ersten Wahlgang folgendermaßen verteilt haben:

Haberland (Soz.)	33 812
Friedrich (Zentrum)	29 076
Breitscheid (Demokrat)	3 510
Hedenrath (Deutschsoz.)	3 138
Pole	271

Im ganzen sind also diesmal 69 807 Stimmen abgegeben worden gegenüber 70 189 Stimmen bei der Wahl im Jahre 1907. Der Zentrumskandidat, der bisher immer an der Spitze marschierte, hat in die zweite Reihe zurücktreten müssen. Er hat nicht nur annähernd 4000 Stimmen weniger als der Sozialdemokrat erhalten, sondern seine Stimmenzahl ist auch absolut um 183 gegenüber der Wahl 1907 zurückgegangen. Die Sozialdemokratie dagegen hat diesmal 8423 Stimmen mehr erhalten als bei der letzten Wahl. Unter diesem Stimmenzuwachs dürfte sich freilich eine erhebliche Anzahl nationalliberaler Stimmen befinden. Denn da die Nationalliberalen, die bei der letzten Wahl 14 664 Stimmen erhalten haben, sich jedoch vom Mandatsbewerb ausgeschlossen hatten, werden ihre Stimmen zwar zum Teil auf Breitscheid und Hedenrath entfallen, zum anderen Teil aber auch auf den sozialdemokratischen Kandidaten übergegangen sein. Jedoch ist es zweifellos, daß diesmal die Sozialdemokratie auch aus eigener Kraft eine beträchtlich größere Stimmenzahl aufgebracht hat als im Jahre 1907.

Daß die Nationalliberalen zum Teil für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten sind, darf wohl darauf zurückgeführt werden, daß der Zentrumskandidat Dr. Friedrich noch kurz vor der Wahl die Hansabündler vor den Kopf gestoßen hat. Er hat es nämlich in letzter Stunde kategorisch abgelehnt, dem Hansabund irgend eine schriftliche Erklärung zu geben.

Die „Kölnische Ztg.“ macht interessante Mitteilungen über die Verhandlungen, die wegen der Unterstützung der Kandidatur Friedrich zwischen dem Zentrum und dem Hansabund gepflogen wurden. Schon vor etwa zwei Monaten, als das Zentrum seine Kandidatur öffentlich genannt hatte, ist zwischen dem Hansabund und der Zentrumspartei Fühlung genommen worden. Die Verhandlungen schienen dann nach der „Kölnischen Ztg.“ zu ruhen, bis in einem Aufruf der Zentrumspartei auf den Wahlsfeld der Sozialdemokratie und nebenbei auch auf die vom Hansabund aufgespeicherten Hunderttausende hingewiesen wurde. Die Worte „der Hansabund hat Hunderttausende aufgespeichert“ verschwanden dann plötzlich aus dem Aufruf und es erhielt sich hartnäckig das Gerücht, daß Verhandlungen zwischen dem Hansabund und der Zentrumspartei im Gange seien. Es wurde von Dr. Friedrich dann verlangt, daß er sich schriftlich verpflichte, in seinem parlamentarischen Wirken innerhalb und außerhalb der Partei die Richtlinien des Hansabundes vom 4. Oktober 1909 energisch zu vertreten und demgemäß sowohl innerhalb des Zentrums wie gegenüber der Zentrumspresse die dem Hansabund feindliche Richtung zu bekämpfen, wie die agrar-demagogische Richtung von Mitgliedern der Zentrumspartei. Dr. Friedrich sollte sich außerdem verpflichten, für eine gerechtere Feststellung und Einteilung der Reichstagswahlkreise einzutreten. Der Zentrumskandidat lehnte eine schriftliche Erklärung in diesem Sinne ab.

Die Wahlbeteiligung, die etwas schwächer war, als im Jahre 1907, war im Wilfer Bezirk besonders lebhaft. Dort war es nämlich am Montag aus Anlaß des Transportarbeiterstreiks zu ersten Zusammenstößen gekommen. Berittene Schutzleute sollen in die Menge hineingeritten sein. Nicht nur von der Sieb-, sondern auch von der Schußwaffe ist ausgiebiger Gebrauch gemacht worden. Mehrere Personen wurden verwundet und eine ganze Anzahl hinfällig. Der Anlaß zu diesen Zusammenstößen ist noch nicht hinreichend aufgeklärt. Die von der bürgerlichen Presse gebrachten Berichte sind tendenziös gefärbt. Die Anfuhr der Güter erfolgte am Dienstag durch Militär, nämlich durch Mannschaften des Monenregiments, die dazu kommandiert worden waren. Die „arbeitswilligen“ Fuhrleute fuhren unter polizeilicher Bedeckung. Die Einwohnerlichkeit des Wilfer Bezirkes war durch die Vorkommnisse des vorhergegangenen Tages sehr erregt und die Wahlbeteiligung in diesen Bezirken eine sichtbar stärkere.

Trotzdem in den ländlichen Bezirken die Geistlichkeit mit großem Eifer an der Arbeit war, hat das Zentrum nicht einmal seine Stimmenzahl vom Jahre 1907 wieder zu erlangen vermocht. Auch diese Wahl hat bewiesen, daß die Wählermassen über die völkerräuberische Politik des Zentrums erbittert sind und sich trotz aller demagogischen Mittel nicht mehr einfangen lassen. So darf auch die Düsseldorf Wahl als ein Vorzeichen für die allgemeinen Reichstagswahlen gelten.

Die Marokkoaffäre.

Ueber den Stand der Verhandlungen liegen heute zwei halbamtliche Äußerungen vor. Das französische Depeschens-Bureau verbreitet folgende Meldung:

In der gestrigen Unterredung hat Staatssekretär v. Riederlen-Wachter dem Votschaster Cambon keine schriftliche Antwort auf die französischen Vorschläge übergeben, der Staatssekretär glaubte zweifellos, daß vorläufig zum mindesten die Schnelligkeit der Unterhandlungen gewinnen würde, wenn häufigere Unterredungen an die Stelle des Dokumentenaustausches gesetzt würden, dessen Formalitäten, Herstellung und Uebermittlung an die beiden Regierungen viel Zeit wegnehmen.

Der Staatssekretär und der Votschaster nahmen gestern die Diskussion über die strittigen Punkte wieder auf und sahen bestimmte Hypothesen und gewisse redaktionelle Abänderungen ins Auge. Es scheint, daß diese Unterredung von dem wahrhaften Wunsche nach Verständigung geleitet war. Die Besprechungen hätten demnach einen neuen Schritt vorwärts getan, und die Wahrscheinlichkeit einer befriedigenden Lösung scheint sich zu verstärken. Dennoch wäre es übereilt, sich zu optimistisch zu zeigen, alle Unstimmigkeiten sind noch nicht geschwunden, und es befinden sich noch prinzipielle Fragen in der Schwebelage, in denen Frankreich nicht nachgeben kann. Erst nach einer weiteren Unterredung zwischen Votschaster und Staatssekretär wird man über die entscheidende Wendung Klarheit gewinnen, die die Unterhandlungen nehmen werden.

Dazu bemerkt nun das halbamtliche deutsche Telegraphen-Bureau:

Die vorliegende Nachricht entspricht nach unseren Erkundigungen den Tatsachen. Es ist jedoch hinzuzufügen, daß auch deutsche Forderungen prinzipieller Natur, auf die von Deutschland nicht verzichtet werden kann, in Frage stehen. Dies ist in einem Herrn Cambon als Antwort auf einen Brief des Votschasters übergebenen Schreiben des Staatssekretärs zum Ausdruck gebracht worden, doch haben die beiden Unterhändler es für praktisch befunden, sich mündlich über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu unterhalten und nach einer Fassung der einzelnen Punkte zu suchen, die geeignet wäre, die beiderseitigen Auffassungen, die zum Teil nur in der Form divergierten, einander anzunähern, dabei ist eine Reihe von Vermittelungsvorschlägen entstanden, welche die Unterhändler zunächst ihren Regierungen unterbreiten werden.

Es ist beachtenswert, daß die deutsche Regierung der Auslassung der französischen eine eigene nachzuschicken sich veranlaßt sieht. Offenbar wünscht man der französischen „Unnachgiebigkeit“ sofort die deutsche entgegenzusetzen. Da es sich um ein Schachergeschäft handelt, so braucht man das „Unannehmbar“ nicht allzu tragisch zu nehmen und darf die Betonung mehr darauf legen, daß beide Regierungen die schließliche Verständigung in Aussicht stellen.

Um welche Dinge es sich im jetzigen Stadium handelt, dafür geben die Auslassungen des „Echo de Paris“ einige Fingerzeige, wenn man auch deshalb nicht alle Einzelheiten, die das Blatt berichtet, für absolut zuverlässig anzusehen braucht. Das Blatt glaubt folgendes mitteilen zu können:

Deutschland bestreite auf einer internationalen Kontrolle in Marokko und betrachte die französischen Vorschläge nicht als ausreichend als Garantie für seine wirtschaftlichen Interessen. Vielmehr verlange es auch jetzt noch, einen gewissen Prozentsatz der den Franzosen zu erteilenden öffentlichen Arbeiten zu erhalten. Auch die Zollfrage bilde noch einen strittigen Punkt. Deutschland werfe überhaupt prinzipielle Fragen auf, die Frankreich schwerlich erfüllen könne und den in Berlin hervorgerufenen Optimismus nicht rechtfertigen. Im übrigen gibt das Blatt zu, daß die gestern überreichten Bemerkungen Deutschlands in verständlichem, ruhigem Tone gehalten seien. Wie dem aber auch sein möge, so werde die französische Regierung auf die Berliner Bemerkungen mit einer Note antworten, in der gewisse Artikel abgeändert werden, die die deutschen Wünsche bisher in ungenügender Weise befriedigten. Das Blatt bezweifelt, daß das französische Auswärtige Amt durch diese Note die wirtschaftlichen Forderungen Deutschlands erfüllt. Jedenfalls werden aber die Verhandlungen fortgesetzt werden. Der Ministerrat tritt morgen oder übermorgen zusammen. Auch gestern ist von den Kongo-Kompensationen nicht die Rede gewesen.

Man sieht, es handelt sich um ganz bestimmte materielle Fragen, die jedenfalls auf dem Kompromißweg ihre Lösung finden müssen. Deshalb an einen Krieg zu denken, erscheint völlig unsinnig.

Unsere Protestbewegung.

In Straßburg fand am Sonntag eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt, in der 1000 Personen gegen die Kriegsbücherei protestierten. Die Ausführungen des Referenten Genossen Rayenstein fanden reichen Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In einer stark besuchten Vollerversammlung sprach in Mühlhausen i. Th. am Sonntag Genossin Alara Jeklin über „Hunger, Not und Kriegsbücherei“. Eine Friedensdemonstration fand am Sonntagabend auch in Langenlialza statt, bei der Genosse Wetzmann referierte.

Die belgischen Sozialdemokraten gegen den Krieg.

Brüssel, 19. September. Die hiesigen Sozialisten hielten gestern Abend ein Meeting gegen den Krieg ab. Mehrere Abgeordnete und Parteiführer hielten heftige Reden, in welchen sie gegen den Krieg protestierten und sich mit den Sozialisten Frankreich und Deutschlands

solidarisch erklärten, mit allen Kräften einen solchen zu verhindern. Eine dahingehende Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Nach dem Meeting durchzogen etwa 120 000 Kundgeber die Straßen der Stadt, jedoch kam es dank der umsichtigen Leitung der Organisationsführer zu keinerlei Zwischenfällen.

Hinter den Kulissen des Marokko-Konflikts.

Paris, 17. September. (Fig. Ber.)

Die „Humanité“ beginnt heute Enthüllungen über die kapitalistischen Hintergründe des jetzigen Konflikts zwischen Frankreich und Deutschland zu veröffentlichen. Sie greifen in die Anfänge des Ministeriums Monis zurück. Herr Caillaux, der damals Finanzminister war, hatte als Präsident der Budgetkommission die Angriffe gegen das Ministerium Briand wegen der bekannten N'Goko-Sangha-Affäre geleitet. Aber sobald es sich um eine entscheidende Abstimmung handelte, wußte er sich stets zu drücken. Das Ministerium Briand fiel und hinterließ seinem Nachfolger, die traurige Affäre zu liquidieren. Caillaux trat nun als Finanzminister in Unterhandlungen mit dem Reichstagsgesandten Semler und mit der N'Goko-Sangha-Gesellschaft, d. h. mit dem famosen Redakteur des „Temps“ Lardieu ein, um die durch die Auflösung des deutsch-französischen Konsortiums entstandene Entschädigungsfrage zu regeln. Dem ersten bot er die Eisenbahn Kamerun-Ubanghi an, dem zweiten eine Kombination mit der von der Banda Mougeot-Fondère beherrschten Fortgesellschaft Sangha-Ubanghi, deren Territorium von der deutsch-französischen Bahn durchschnitten werden sollte. Diese Gesellschaft sollte die Aktiven und Passiven der N'Goko-Sangha übernehmen und auf die Entschädigung verzichten, dagegen einen Anteil an der Bahn erhalten, für die Frankreich die Zinsengarantie übernehmen sollte. Bei diesen Verhandlungen machte Lardieu den Makler. Er trug sich hierbei Herrn Caillaux zur Vermittelung des deutsch-französischen Abkommens an, das Frankreich Marokko ausliefern sollte. Herr Regnaud war bei diesen, von Lardieu schon unter Pichon vorbereiteten Handel sein Helfer. Herr Cruppi, der damals die auswärtigen Angelegenheiten leitete, ließ sich für den Plan gewinnen, Herr Lardieu war derart wieder ein offizieller diplomatischer Unterhändler geworden und konnte so dem Zuchtpolizeigericht entgehen, vor das ihn sonst seine Verwicklung in den schmutzigen Attentatverbrechen der Waimon und Rouet gebracht hätte. Nun wurden im Vertrauen auf das bevorstehende Einberufen in Deutschland die Eroberung Marokkos mit verstärktem Eifer betrieben. Die deutsche Diplomatie ließ Frankreich gewähren, um in der Stille die möglichen Forderungen abzumessen.

Aber das Ministerium Monis befriedigte weder den Ehrgeiz Caillaux noch die Hoffnung der Marokkophile. Im Augenblick der Katastrophe von Jisly-les-Moulineux knüpften Cruppi und Caillaux ihre Intrige und Cruppi intervenierte bei seinen Kollegen. Die Presse bekam Wind davon, worauf Dementis folgten. Aber Delcassé, der sich für die Caillauxsche Ministerkombination hatte anwerben lassen, befehligte den Kriegsminister Coiran und den hilflosen Berrier. Herr Cruppi, der sich im Auswärtigen Amt völlig unfähig gezeigt hatte, fiel ins Justizministerium hinauf. Unterdes dauerten die Verhandlungen der Herren Semler, Fondère und Lardieu unter der Patronage des Herrn Caillaux fort. Am 1. Mai war Cambon nach Paris gekommen, um Cruppi vor der vorausgehenden deutschen Intervention zu warnen. Gleichzeitig gab die deutsche Regierung der französischen ihr Mißvergnügen über die Konzessionswerbungen des Herrn Compard in Konstantinopel kund. Wegen dieses wendete sich auch Herr Lardieu im „Temps“, zu einer Zeit, wo sie noch nicht offiziell waren und nur Lardieus Spießgesell Waimon dank dem Attentat Rouet hinter das Geheimnis gekommen war. Die Opposition Deutschlands gegen die französischen Konzessionen in der Türkei dauert nebenbei fort. Und da Russland in seinem jüngsten Abkommen die im Potsdamer Abkommen gemachten Einschränkungen bezüglich der Bahnen im Norden Kleinasiens aufgegeben hat, kann der deutsch-französische Konflikt morgen dieser Konzessionen wegen wieder ausbrechen.

Caillaux setzte trotz der Warnungen die Verhandlungen fort. Ende Juni war die Einigung mit Semler fertig und Cambon wurde nach Kissingen geschickt. Die Konvention war, wie offiziell gemeldet wurde, freundschaftlich, aber gleichzeitig war Semler bedeutet worden, mit seiner Unterschrift unter den Eisenbahnvertrag zurückzuhalten. Fünf Tage darauf erschien der „Panther“ vor Agadir.

Bebels Rede und England.

London, 16. September. (Fig. Ber.)

Seit langer Zeit hat keine Rede einen so tiefen Eindruck in England hervorgerufen wie die Rede Bebels auf dem Jenaer Parteitag. Die meisten Morgenblätter brachten gestern nur den gewöhnlichen nüchternen und unvollständigen Reuterbericht, aber der Korrespondent des „Daily Telegraph“ lenkte die Aufmerksamkeit des Publikums in ziemlich ausführlicher Behandlung auf die bedeutenden und wichtigen Worte des greisen Führers der deutschen Sozialdemokratie. Der Bericht begann mit den Worten: Im Vordergrund der heutigen deutschen Nachrichten über die Marokko-

frage steht die Rede, die Herr August Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena gehalten hat. Es ist jetzt ein seltenes Ereignis, daß der Veteran der „Roten“ von einer öffentlichen Tribüne gehört wird, und zwei oder drei Jahre sind vergangen, seitdem er zuletzt im Reichstag eine längere Rede hielt. Folglich haben seine Worte, denen seine Gefolgschaft stets mit Begeisterung lauschte und die von seinen Gegnern mit Achtung angehört werden, neben ihrem eigenen Werte auch noch einen Seltenheitswert, wie die Nationaldemokraten sagen. Auf die anständigen konservativen Presse scheint die Rede etwas ernüchternd gewirkt zu haben; man wird sich der letzten Ururtheile in Schwales erinnern, als die empörte Bevölkerung während der durch den Eisenbahnerstreik herbeigeführten Preissteigerung, die Geschäftspläne plünderte und sich stundenlang mit der Polizei und dem Militär herumtrieb, und wagt nicht daran zu denken, was die Stürme eines Krieges bringen würden. Natürlich lassen es sich Blätter von dem Schlage der „Daily Mail“, die ihre Felle dabon schwimmen sehen, wenn das Volk zur Ernüchterung kommt, nicht nehmen, die Worte Bebel's zu verdrehen, um sie ihren sauberen Zwecken dienlich zu machen. Vornehmlich die linksliberale Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit der Rede. Der „Star“, ein von den Londoner Arbeitern und den unteren bürgerlichen Schichten vielgelesenes Nachmittagsblatt brachte gestern schon einen Leitartikel folgenden Inhalts. Der Artikel trug die Überschrift: „Ein Appell an die drei Völker“ und begann mit den Worten: „Wo ist die Demokratie? Welche Rolle spielt der Wille des Volkes in diesem marokkanischen Abdrücken? Wird die Frage des Krieges und des Friedens hinter seinem Rücken von den Potentaten und hohen Beamten entschieden?“ Seit Wochen, so heißt es weiter, sei die Frage durch endlose Behauptungen und Gegenbehauptungen verdundelt worden, so daß der einfache Mann nicht mehr ein und aus wisse. Aber man habe genügend verlauten lassen, um die Völker mit beruhigenden und quälenden Gedanken zu erfüllen. Allmählich habe man die drei Völker an den Gedanken des Krieges gewöhnt; ein Meer von Teufeln hätte die Aufgabe nicht besser erfüllen können. Das englische Volk sei von den herrschenden Klassen betrogen worden; daselbst gelte vom deutschen und französischen Volk. Nichts deutete darauf hin, daß das deutsche Volk einen Krieg mit England und Frankreich wünsche; Bebel habe dies in Jena bemerkt. Dann heißt es ferner in dem Artikel: „Herr Bebel sagt, daß die Alldeutschen durch die Reden britischer Minister gestärkt worden sind. Er sagt, daß die in England gemachten Erklärungen auf ein Ultimatum an Deutschland hinauslaufen. Hierüber befindet sich das englische Volk wiederum absolut im Dunkeln. Es versteht nicht, weshalb liberale Minister plötzlich zu Eisenfreßern werden. Es möchte es gern wissen; aber an hohen Stellen herrscht Stillschweigen. Es kann sein, daß das Stillschweigen unbedingt notwendig ist. Es kann sein, daß die Geheimhaltung unerlässlich ist. Aber wie lange soll das Volk, das zu zählen hat, im Dunkeln gehalten werden? Wir stimmen alle mit Herrn Bebel darin überein, daß ein Krieg über Marokko nicht die Knochen eines preussischen Grenadiers wert ist. Es ist schwer zu verstehen, weshalb die Diplomatie nicht gezwungen werden sollte, aus dem Halbdunkel ans helle Tageslicht zu kommen. Es besteht eine große Gefahr, daß die unbestimmte Fortdauer dieser geheimnisvollen Pörschereien irgendwo und irgendwo zu einem nervösen Zusammenbruch führen wird. Die Völker Deutschlands, Frankreichs und Englands fürchten sich nicht, die ganze Wahrheit zu hören. Und wenn sie sich nicht verständigen können, so ist das Saager Schiedsgericht da. Weshalb sollten sich die drei Völker nicht zusammenschließen, um ihre „Beherrscher“ zu zwingen, den ganzen Streit jenem Friedensgericht zu überweisen?“

Der linksliberale „Morning Leader“ schreibt heute morgen im Anschluß an Bebel's Rede in einem Leitartikel: „Ueber zwei Dinge kann unglücklicherweise kein Zweifel mehr bestehen. Das erste ist, daß sich innerhalb der letzten ein oder zwei Monate die ganze Atmosphäre der internationalen Beziehungen in Europa vollständig verändert hat. Das zweite ist, daß, solange die Ursachen, die sie verändert haben, bestehen, die Resultate der monatlichen und jahrelangen geduldeten Arbeiten im Interesse des Friedens immer derselben Gefahr ausgesetzt sein werden. Im Punkte Tatsache kann Herr Bebel's Zeugnis ohne Frage angenommen werden.“ Dann heißt es weiter im Text: „Wir glauben nicht, daß irgendein ernst zu nehmender Teil des deutschen, französischen oder englischen Volkes wirklich den Krieg wünscht. Aber wenn die Völker nicht willens sind, die nötigen Schritte zu tun, um ihre Wünsche durchzusetzen, werden sie den Krieg eines Tages bekommen, ob sie ihn wollen oder nicht. Das ist die Moral dieser lang hergezogenen geheimen Verhandlungen und der Uebel, die sie uns gebracht haben. Die Diplomaten sind als Klasse nicht mehr zu verdammen als andere; aber auch nicht mehr als andere dürfen sie die ungehinderte Kontrolle über Interessen haben, die so gewaltig sind, daß ihr eigener Anteil daran wirklich winzig ist. Die menschliche Natur läßt sich nicht dadurch verändern, daß man ihre Verantwortlichkeiten aufzudeckt, die zu schwer für sie sind; und wenn man sorgloserweise irgendeiner Körperschaft von Sachverständigen die Bestimmung über Angelegenheiten von überwältigender öffentlicher Wichtigkeit anheimstellt — ob diese Sachverständigen nun Wissenschaftler oder Admirale, Bischöfe oder Beamte des auswärtigen Ministeriums sind —, so kann man sicher sein, daß der Spezialist früher oder später seinem professionellen Eifer die wirklichen Interessen der Gemeinschaft, die ihm förmlicherweise vertraut hat, opfern wird. Das ist die Lehre, die die Demokratie in der ganzen Welt begreifen muß; und wenn sie zu träge oder zu gleichgültig dazu ist, so wird sie einen Preis zahlen müssen, der selbst ihren Untergang herbeiführen kann.“

Die „Daily News“ bringt heute morgen einen Leitartikel über „Herr Bebel und die Krise“. Sie schreibt, daß sich jedermann, der auf den Grund der Wirklichkeit der elenden Marokkaffrage zu kommen wünsche, die Worte Bebel's zu Herzen nehmen sollte. Nach einer Darlegung der Hauptpunkte schreibt das Blatt: „So liegt ein solch scharfer Beobachter wie Herr Bebel die Geschichte dieser letzten Monate und die Aussichten der Zukunft. Wir mögen, wenn wir dazu aufgelegt sind, die Verteilung des Tadels bemängeln, aber daß ein solcher Mann eine schwere Bürde der Verantwortung England auferlegt, ist genug, um jedem Engländer ernstlich zu denken zu geben.“ Im Verlauf der Besprechung heißt es dann, daß nichts sonderbarer sei als die Ruhe, mit der der gewöhnliche Engländer von den Vorbereitungen zum Kriege lese. Das sei nicht die Ruhe eines vernünftigen Menschen, sondern die Ruhe des Kindes, das mit dem Feuer spielt, dessen Eigenschaften es nicht kennt. Darauf gütet das Blatt die Stelle der Bebel'schen Rede, die von den furchtbaren Folgen des Krieges handelt, und bemerkt dazu: „Eine Veränderung von Einzelheiten hier und da und das Bild ist ebenso wahrheitsgetreu für England wie für Deutschland. Und für England würde der Krieg die Hungersnot, Pestilenz und Glend, das man sich nicht vorstellen kann, bedeuten. Und dennoch sprechen die Leute in England von Vorbereitungen zum Krieg in demselben Tone wie von den

Vorbereitungen zu einem neuen Theaterspiel und von einem Mobilisierungsbefehl, als ob es Herr Bourgeois Part in Macbeth sei. Wenn sie sich bewußt würden, was das Ungeheuer ist, mit dem sie tändeln, so würde ein Entschluß für sie durch dieses Land fegen, daß die marokkanische Krise und ihre Urheber beide zu einem schnellen und drastischen Ende kommen würden.“ Im Anschluß hieran wird noch das Verhältnis zwischen der Marokkofrage und den kommenden Reichstagswahlen besprochen. Ein Passus über die deutsche Sozialdemokratie ist von besonderem Interesse. — „Wir können uns eine kleine Vorstellung von der Stärke der Partei machen, wenn wir bedenken, daß ihr jährliches Einkommen 223 000 Pfund Sterling beträgt und daß sie 1 300 000 Abonnenten auf ihre Publikationen hat. Es gibt nichts dergleichen in irgendeinem Lande, denn die deutsche Sozialdemokratie ist hauptsächlich eine Partei der Lohnarbeiter, und es sind die Lohnarbeiter, die die Gelder herbeischaffen.“

Auch die „Westminster Gazette“ beschäftigt sich heute mit der Rede Bebel's und sucht die englischen Minister in Schutz zu nehmen. Bemerkenswert sind jedoch die Worte, mit denen der etwas verlegene apologetische Leitartikel schließt: „Aber ganz abgesehen von den Ausgaben und Leistungen ist dieses beständige Haben zwischen Deutschland und Großbritannien für beide Länder töricht und degradierend, und wir würden es gern sehen, wenn ein Abkommen mit Frankreich den ehesten Entschluß auf beiden Seiten einschloße, diesem Haben wenn möglich ein Ende zu bereiten.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September 1911.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Aachen hat am Sonntag der Landtagsabgeordnete Dr. Bell-Essen nach dem Bericht der „Alln. Volksztg.“ gesagt: „Bei der letzten Reichstagswahl 1906/07 ist von sozialdemokratischer Seite der Zentrumsfraktion ein Bündnis angeboten worden. Die Zentrumsfraktion hat einmütig das Bündnis abgelehnt, obgleich durch ein solches das Zustandekommen des konservativ-liberalen Blochs ausgeschlossen worden wäre.“ Hierzu teilt uns der Parteivorstand mit: „Die Behauptung des Herrn Dr. Bell entspricht nicht der Wahrheit. Weder der Zentrumsfraktion noch der Zentrumspartheileitung ist bei den letzten Reichstagswahlen von maßgebender sozialdemokratischer Seite ein Bündnis angeboten worden. Sollte Herr Dr. Bell diese Auskunft nicht genügen, so mag er sich an die Herren Dr. Spahn und Müller-Fulda wenden.“

Nervös.

Unsere oberen Regionen scheinen durch das Verhalten der Sozialdemokratie in der Marokkofrage einmal wieder in hochgradige Nervosität geraten zu sein. Nachdem vor kurzem die preussische Regierung eine Umfrage bei sämtlichen Regierungen veranlaßt hat, ob man mit ausnahmegesetzlichen oder verschärften strajfgesetlichen Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie vorgehen solle, greifen jetzt untergeordnete Organe bereits zu anderen, recht gewagten Mitteln im Kampfe gegen uns.

So wurde dem Genossen Bebel ein längeres Telegramm, das der Sekretär des Internationalen Bureaus, Genosse Gysmans, Montag, den 11. September, nach Jena gesandt hatte, nicht ausgeliefert. Nach einem mehrfachen Meinungsaustausch per Telegramm und Brief zwischen Gysmans und Bebel erfährt der letztere endlich am Sonnabendmittag, kurz vor seiner Abreise von Jena, daß die belgische Post dem Genossen Gysmans gemeldet hat, die deutsche Post hätte das Telegramm konfisziert, ohne der belgischen Post von dieser Konfiskation Mitteilung zu machen. Genosse Bebel hat sich nunmehr an das kaiserliche Telegraphenamt in Jena gewandt und die Auslieferung der Depesche verlangt. Zugleich verlangte er zu wissen, wer den Befehl zur Zurückhaltung des Telegramms gegeben habe und welche Gründe für die Konfiskation maßgebend gewesen seien. Genosse Bebel beschäftigt, die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Aber es sind noch weitere Merkmale von übergroßer Nervosität vorhanden. Als die Genossen Bebel und Diech Sonnabendnachmittag nach 5 Uhr gemeinsam von Jena nach Süddeutschland abreisen wollten und einige Zeit vor Abgang des Zuges in der Nähe des Bahnhofes auf und abgingen, bemerkten sie, daß sie geheimpolizeilich überwacht wurden. Genosse Diech blieb in seiner Heimat Stuttgart; Genosse Bebel legte am nächsten Vormittag die Reise nach dem Bodensee und der Schweiz fort. Bei dieser Gelegenheit entdeckte er, daß die geheimpolizeiliche Ueberwachung fortbauerte und zwar wurde diese zum Teil auf eine Weise bewerkstelligt, die für Bebel nicht den Reiz der Neuheit entbehrt. Genosse Bebel schreibt uns darüber: „Ja bin während der Dauer des Sozialistengesetzes wohl der am meisten geheimpolizeilich verfolgte Genosse in Deutschland gewesen und habe dabei über die Methoden dieser Ueberwachung sehr reiche Erfahrungen gemacht. Neu aber war mir, wie man am Sonntagnachmittag von Friedrichshafen und Romanshorn aus — also auf Schweizer Boden — mit Hilfe des Bahn- und Schiffspersonals das Ziel meiner Reise zu erfahren suchte. Die Methode war amüsan, blieb mir aber keinen Augenblick verborgen. Hätte man mich in Jena in höflicher Weise befragt, was das Ziel meiner Reise sei, so würde ich der polizeilichen oder staatsanwaltlichen Neugierde bereitwillig entgegengekommen sein, denn ich hatte nichts zu verschweigen oder zu verbergen. Es sollte mir leid sein, wenn bei der jetzigen Finanznot in Reich und Staat man sich meinetwegen noch in besondere Unkosten stürzte, um geheimpolizeilich Dinge zu erfahren, die man weit billiger und wahrheitsgemäßer durch mich selbst erfahren könnte.“

Die Regierung und die Teuerung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: „Zu den Maßregeln gegen Futter- und Kartoffelmangel gehört die Erleichterung der Verarbeitung von Getreide, also auch von Mais, in landwirtschaftlichen Brennereien. Hierüber ist jetzt unter sämtlichen Bundesregierungen Einverständnis erzielt. Es darf daher für Anfang Oktober d. J. mit einem Bundesratsbeschlusse folgenden Inhalts gerechnet werden: Auf Antrag kann widerruflich gestattet werden, 1. daß bis nach dem 1. September 1902 betriebsfähig hergerichteten landwirtschaftlichen Brennereien in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis einschließlich 15. Juni 1912 auch Rohstoffe

der in § 10 Abs. 2 Satz 1 des Branntweinsteuergesetzes bezeichneten Art, welche nicht von den Eigentümern oder Besitzern der Brennereien selbst genommen sind, verarbeitet, ohne die Eigenschaft als landwirtschaftliche Brennerei einzubüßen; 2. daß landwirtschaftliche Brennereien ohne Gefenerzeugung in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis einschließlich 15. Juni 1912 ausnahmsweise Getreide an Stelle der von ihnen sonst verwendeten Rohstoffe verarbeiten, ohne aus diesem Grunde den in § 83 unter Nr. 2 und § 89 des Branntweinsteuergesetzes für den Fall des Ueberganges zur Getreideverarbeitung vorgesehenen Nachteil zu erleiden.“

Die Maßnahme soll dazu beitragen, daß mehr Schlempe hergestellt und so ein besonders geeignetes Futter für das Vieh gewonnen wird; sie hat außerdem zur Folge, daß ein Teil der Kartoffelernte, der sonst in den Brennereien verarbeitet würde, für Speisewecke frei wird. Die von der königlichen Eisenbahndirektion Berlin als Geschäftsführender Verwaltung veröffentlichten Änderungen des Rohstandsstaris für Futter- und Streumittel, die außer der Aufnahme von Kartoffelflocken, Holzsägemehl und Holzwoolabfälle verschiedene im Interesse des Handels getroffenen Erleichterungen bringen, erschöpfen noch nicht die vom Minister der öffentlichen Arbeiten im Einvernehmen mit dem Staatsministerium nach unserer Mitteilung vom Sonnabend in Aussicht genommene Maßnahmen, die den Tarif verallgemeinern, und außerdem Futtergerste sowie Mais zu Futter- und Brennereizwecken in ihn aufnehmen werden. Der nach diesen Gesichtspunkten ganz umgearbeitete Tarif wird noch in dieser Woche neu erscheinen.“

Ebenso wenig wie die am Sonnabend veröffentlichten Beschlüsse des preussischen Staatsministeriums können die im vorstehenden aufgeführten halben und zaghaften Maßregeln als ein irgendwie durchgreifendes Vorgehen der Regierung gegen die Teuerung angesehen werden. Die hungernden Massen verlangen ganze Arbeit. Sie fordern Beseitigung der Lebensmittelkölle und Deffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr.

„Nationales“ Studententum.

Der Anzug der „Herren Studierenden“ am Freitag in Jena, so nebenächlich und bedeutungslos er an sich ist, wirkt ein großes Schlaglicht auf den Geist, der an „Deutschlands hohen Säulen“ herrscht, und zeigt aufs neue, wie tief der „tonangebende“ Teil der akademischen Jugend im reaktionären Stumpf steckt.

Welch ein Unterschied zwischen dem Geist des deutschen Studententums von heute und dem vor 100 Jahren! In Jena, dem Universitätsstädchen im wirtschaftlich und kulturell fortgeschrittenen Thüringer Land, war es, wo 1815 die „Deutsche Burschenschaft“ gegründet wurde. In der fernsten der Reaktionen waren damals die um das schwarz-rot-goldene Banner der allgemeinen deutschen Burschenschaft gescharten Studenten die Hauptträger der bürgerlich revolutionären Ideale der Bourgeoisie. Ehrenvoll wird man stets der jungen Helden gedenken, die für ihre Freiheitsideale die schwersten Verfolgungen der feudal-absolutistischen Reaktion zu erdulden hatten, die sich mit Todesurteilen und Kerkerhaft gegen die mutigen Träger des Fortschritts zu behaupten suchte.

Aus der revolutionären Bourgeoisie vor 100 Jahren ist die satte kapitalistische Bourgeoisie von heute geworden, die an dem Abend ihres Daseins angelangt, alle ihre bürgerlichen Ideale aus schlotternder Angst vor dem vordringenden revolutionären Proletariat vertaten und mit der alten feindlichen Reaktion schon längst gegen die Sozialdemokratie gemeinsame Sache gemacht hat.

Diese Umwandlung des deutschen Bürgerentums spiegelt sich naturgemäß in der Studentenschaft wieder. Ein Symptom des Verfalls der Bourgeoisie ist die Entartung des Studententums. Aus den revolutionären Freiheitskämpfern sind die absterbenden Blätter einer unteren Wighlätter geworden. Das bezeichnendste Merkmal an unserer bürgerlichen Jugend ist ihr Mangel an Idealen. Wie die Bourgeoisie selbst, so hat auch ihre Jugend keine hohen Ziele und großen Aufgaben mehr, die sie zwingen, ihre Kräfte anzuspannen. Für die jeunesse dorée ist der Hauptinhalt der Studienzeit als Mitglied einer möglichst feudalen Verbindung im Genuß eines Monatswechels, von dem häufig Proletarierfamilien ein ganzes Jahr lang leben müssen, mit dem Hirslejanz und albernem Wichtigtuerei die Jugend zu „göthen“ und sich „auszutoben“. Nachdem mit Hilfe des „Einpanzers“ das Examen gemacht, gelangt der Palastsohn durch Konnexionen in die gut bezahlten Stellen als „berufener Führer des Volkes“. Nicht die Leistungen, sondern die „Bestimmung“ ist das wesentliche, weshalb sich die Studentenverbindungen in nationaler Phrasen und Chauvinismus nicht genug überbieten können.

Der Typus dieses reichen Studenten trifft indessen nur für einen Teil des Studententums zu, wenn auch für den ausschlaggebenden und beherrschend bevorrechteten. Neben den Söhnen der Reichen und Reichsten studieren an unseren Universitäten viele Söhne von mittleren und niederen Beamten, Handwerker, kleinen Kaufleuten usw., deren Zahl immer mehr anwächst. Dieser haben nicht die Mittel zu einem sippigen Korporationsleben zur Verfügung, ja sie leben häufig in großer Elend als sogenanntes „Akademierproletariat“. Aber auch bei diesem ärmeren und ärmsten Teil der Studentenschaft kann meist von einem Verständnis für die Gedankenwelt des Proletariats kaum die Rede sein. Die ärmeren Studenten müssen demnach trachten, möglichst bald das Examen zu machen. Von einem objektiven Studium, innerem Freiwerden von bürgerlichen Vorurteilen und Eindringen in die proletarische Wissenschaft kann nur in vereinzelten Fällen die Rede sein. Der harte Kampf um die Futtertruppe hat eine neue Form des Proletariats und Strebers als Typus an unseren Universitäten erzeugt. Wie die Reichen sind auch die ärmeren Streber eifersüchtig bemüht, an ihrer „nationalen“ Bestimmung keinen Zweifel zu lassen.

Endlich ist die Universitätsbehörde bemüht, die ihrer Obhut anvertrauten Schäflein vor dem Gift des Sozialismus zu schützen. Die Reg. Kronen hat uns gelehrt, wie es um die Freiheit der Wissenschaft an unseren Universitäten bestellt ist.

Wenn die bürgerlich-ideologische Studentenschaft, die noch von der Freiheit und Voraussetzungslosigkeit ihrer Wissenschaft träumt, neben Hebern aller Parteien auch einen Sozialdemokraten vor Studenten zu Worte kommen lassen will, so fährt die tölpeliche Hand des Rektors dazwischen und verbietet es. Ueberhaupt muß die freie Studentenschaft, die glaubt, die heutige Universität noch zu einer einheitlichen oivitas academica vereinen zu können, sich viel Fußtrittes der Behörden gefallen lassen, die sie aber im Vertrauen auf das „Wohlwollen der Behörden“ geduldig erträgt, weil auch in ihr die revolutionäre Kraft des Bürgerentums erloschen ist. Es ist deshalb auch kaum anzunehmen, daß ein Teil der Freistudenten, die von der Willkürigkeit des „Mits“ in Jena überzeugt sind, dagegen Protest erheben werden.

Uns aber kann ein so läppisches Verhalten wie das der Studenten in Jena nur willkommen sein, erinnert es doch aufs neue, auf welchen Grad der Verumpfung unsere akademische Jugend angelangt ist, und daß nur durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat der kulturelle Fortschritt möglich ist.

Nochmals: wer hat gefälligst?

Die Korrespondenz Herzberg, Berlin, ersucht uns um Veröffentlichung folgender Erklärung: Der „Vorwärts“ gibt heute eine Auslassung der Firma Schweder und Herbig wieder, in der wir (Hg.-Korrespondenz) zwar nicht namentlich erwähnt sind, die uns aber doch Veranlassung gibt, folgendes zu erklären: 1. Der von uns ausgegebene Bericht über die Eröffnungsrede Bebel's auf dem Jenaer Parteitag enthält das einem Artikel der „Weimarer Zeitung“ vorangestellte Zitat: „Wir fordern Beseitigung der Lebensmittelkölle, weil wir damit Deutsch-

land den Lebendigen abschneiden wollen", nicht. Das stellt die "Weimarer Zeitung" in einem an uns gerichteten Brief vom 16. d. Mts., in dem unsere Mitwirkung zur Ermittlung des Urhebers der Falschmeldung erbeten wird, ausdrücklich fest. Tatsächlich enthält auch weder der Bericht der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", noch der in irgend einem anderen von uns bedienten Blatt einen derartigen Satz.

2. Unsere Korrespondenz ist weder eine bürgerliche, noch eine sozialdemokratische, sie ist nicht Organ irgend einer Partei, sondern sucht sachlich zu berichten und wird von den Blättern aller Parteirichtungen benützt.

Korrespondenz Herzberg.

Ein Oberpräsidentenschub.

Der Oberpräsident von Pommern, Freiherr von Malchahn, der sich im vorigen Jahre durch eine anmaßliche Rede gegen die Presse bemerkbar machte, tritt in den Ruhestand. An seine Stelle tritt der bisherige Oberpräsident der Provinz Posen, v. Waldow, der seinerseits wieder durch den ultrareaktionären Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium v. Schwarzkopff ersetzt wird.

Eingelassen Blätter glauben in dem Rücktritt Waldows eine Bestätigung dafür erblicken zu dürfen, daß die Regierung entschlossen sei, den neuerdings angeblich von ihr eingeschlagenen Kurs der "Milde" in der Polenpolitik beizubehalten. Waldow habe für das von ihm verlangte schärfere Vorgehen in der Polenfrage bei den maßgebenden Berliner Stellen nicht das nötige Entgegenkommen gefunden und sich deshalb zum Aufgeben des Postens entschlossen.

Daß durch das Aufgeben des Herrn Schwarzkopff eine Aenderung in der Haltung des preussischen Kultusministeriums herbeigeführt werden wird, erscheint ausgeschlossen. Es wird eine andere Nummer genommen werden, — der Haden aber bleibt derselbe.

Eine freche Fälschung

unternimmt die "Kölnische Volkszeitung". Sie schreibt in ihrer Nr. 798 vom Montag:

"Alle Berichte der Berliner Zeitungen stimmen darin überein, daß gestern in Wien Revolution herrschte, und das "Berliner Tageblatt" hebt als besonders auffallend hervor, daß die Sozialdemokratie bei ihren Demonstrationen dieses Mal ohne alle Ordnung und Sicherheitsmaßregeln vorgegangen ist, also für die Revolution in vollem Maße verantwortlich ist."

Im "Berliner Tageblatt" wird man den letzten Teil des Satzes, den das rheinische Zentrumsorgan dem Berliner Blatt unterzieht, vergeblich suchen. Tatsächlich heißt es im "Berliner Tageblatt":

"Auffallend war es, daß heute den Arbeiterzügen die Ordnung fehlte, welche sonst bei den großen Demonstrationen der Sozialdemokratie stets in musterhafter Weise die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten haben. Es wäre gewiß nicht zu den argen Ausschreitungen gekommen, wenn auch heute solche Ordnung ihres Amtes gewaltet hätten."

Zunächst hat also die "Köln. Volksz." das Wort "besonders" vor "Auffallend" hinzugeschwindelt. Und schließlich hat das fromme Blatt die Worte: "also für die Revolution in vollem Maße verantwortlich ist" sich aus den Fingern gezogen, die mit jedem Tage schmutziger werden, den wir den Reichstagswahlen näher rücken.

Ein Aufruf des Flottenvereins.

Der Deutsche Flottenverein, der, wie immer wieder hervorgehoben zu werden verdient, geradezu eine offiziöse Organisation geworden ist, wendet sich "an das deutsche Volk" mit folgendem Aufruf:

Der Deutsche Flottenverein hat in seiner bisherigen Hauptversammlung einstimmig beschlossen, auf den beschleunigten Bau der durch das Flottengesetz vorgesehenen Panzerkreuzer hinzuwirken. Zum Schutze und zur Entfaltung seiner natürlichen Lebensinteressen ist für Deutschland diese Beschleunigung unbedingt nötig. In welchem Maße dies der Fall ist, zeigt die heutige Weltlage mit erschreckender Deutlichkeit.

Die Mißgunst des Auslandes sucht die Entwicklung unserer Seemacht mit allen Kräften zu hintertreiben, und schon einmal hat der patriotische Sinn unserer Volkvertretung solche Bestrebungen mit der beharrlichen Annahme des Marinehaushalts beantwortet.

Der neuen Herausforderung gegenüber darf kein Mittel unversucht bleiben, unsere eigenen Interessen sicherzustellen und vor allem die gefährliche Lücke im Bestande unserer Panzerkreuzer auszufüllen, wozu eine Aenderung des Flottengesetzes nicht erforderlich ist.

Der Deutsche Flottenverein wendet sich daher an das ganze deutsche Volk mit der Bitte, seine wohlbegründete Forderung zu unterstützen und die Haltung des Auslandes durch massenhaftes Eintreten in den Verein zu beantworteten.

Deutsche, werdet Mitglieder des Deutschen Flottenvereins!

Es war natürlich vorauszu sehen, daß sich der Flottenverein die günstige Gelegenheit der durch den Marokkorummel geschaffenen internationalen Situation nicht entgehen lassen würde, um mit verdoppelter Kraft für seine Flottenrüstungspläne Propaganda zu machen. Es macht sich dabei sehr hübsch, daß er Debells Versicherungen auf dem Jenaer Parteitag, daß die neue Marinevorlage zweifellos kommen würde, so prompt zu bestätigen sucht.

Die "Berliner Neuesten Nachrichten", die den Aufruf veröffentlichten, halten es obendrein für notwendig, die Verlanglosigkeit einer Korrespondenzmeldung aufzuzeigen, wonach eine Beschleunigung des Flottenbaues im Sinne der Wünsche des Flottenvereins bei dem Vorschlag des Reichsmarineamts im Etat für 1912 nicht beabsichtigt sei. Wie wenig diese Meldung Anspruch auf Zuverlässigkeit habe, geht schon aus der Darstellung hervor, daß der Vorschlag "nur" den Bau von zwei U-Booten und einem großen Kreuzer vorsehe. Träfe das tatsächlich zu, so würden damit ja gerade die Wünsche des Flottenvereins, der den Bau von drei Schlachtschiffen verlange, erfüllt!

Einsichtige Politiker sollten nach der Hamburger Kaiserrede an der Einbringung der neuen Flottenvorlage ohnehin nicht länger zweifeln. Wenn selbst die Herren Freiwirtschaftler noch immer Vogelstraußpolitik treiben, so nur deshalb, weil sie einer Festlegung ängstlich aus dem Wege gehen möchten!

Lübecker Liberalismus.

Wie so manche "Liberalen" in den Groß- und Mittelstädten wollen auch die Liberalen der Republik Lübeck von einem allgemeinen Kommunalwahlrecht nichts wissen. Wie aus Lübeck gemeldet wird, lehnte die Bürgerschaft (das Lübecker Parlament) den Antrag der Sozialdemokraten ab, allen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts vom 20. Lebensjahre ab das Wahlrecht zur Bürgerschaft zu verleihen.

Zentrum und Kriegshehe.

Der Zentrumsführer Limbort hatte auf einem Parteitag in Koblenz eine Rede zur Marokkofrage gehalten, in der er im Kreislagerkreis das deutsche Schwert und seine Laten pries.

Dafür ist er von Bebel auf dem Parteitag in Jena beim Schopf genommen worden. Das scheint Herrn Limbort sehr verschmüpft zu haben, denn er hat am Montag in einer Versammlung in Köln seine Tiraden wiederholt und sich gegen Bebel zu wehren versucht.

Die Versammlung stimmte der folgenden Resolution zu:

Die Versammlung hat das volle Vertrauen, daß bei aller Ueberzeugung von der Notwendigkeit, der Welt den Frieden mit seinen Segnungen zu erhalten, es der Reichsregierung gelingen wird, bei den schwebenden deutsch-französischen Verhandlungen die wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes und die Ehre der Nation zu wahren, und erklärt, daß sie für die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes jederzeit zu jedem Opfer bereit ist. Die Versammlung erhebt daher lebhaften Protest gegen die den internationalen Frieden auf das äußerste gefährdenden unverantwortlichen Treibereien und Hebereien gewisser ausländischen Diplomaten und offiziellen und nicht-offiziösen Vorkämpfer. Sie verurteilt nicht minder scharf auch die sozialdemokratische Drohung mit einem wirtschaftlichen Ausstand im Kriegsfall als einen Verrat am Vaterlande. Sie ist jedoch der festen Zuversicht, daß jeder Versuch, mit einer solchen Drohung ernst zu machen, an der väterlichen Gesinnung und Treue der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes scheitern wird.

Oesterreich.

Die Opfer der Demonstration.

Wien, 19. September. Den Blättern zufolge ist der Zustand zweier am Sonntag lebensgefährlich verletzten Demonstranten nicht besonders befriedigend. Ihre Genesung erscheint fraglich. Außer ihnen befinden sich noch acht Schwerverletzte in Pflege.

Es sind im ganzen 283 Verhaftungen vorgenommen worden. Von den Verhafteten sind 160 Personen wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit, der böswilligen Beschädigung fremden Eigentums und des Aufruhrs dem Landesgerichte eingeliefert worden. Die übrigen wurden teils den Bezirksgerichten angezeigt, teils polizeilich bestraft.

Neue Demonstrationen.

Baden (bei Wien), 19. September. Heute fand hier eine Demonstrationsversammlung gegen die Lebensmittelerhöhung, verbunden mit einem Demonstrationszuge, statt. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Prag, 19. September. In Königinhof veranstalteten gestern nationalsoziale Arbeiter Demonstrationen gegen die Teuerung. Es kam zu Krawallen; gegen die Gendarmen wurden Steine geschleudert, dabei wurde der Bezirkshauptmann und zwei Gendarmen verletzt. Schließlich wurde die Menge mit dem Gewehrkolben zerstreut.

Die Fleischnot.

Wien, 18. September. Bei einer heute zwischen den beiden Ministerpräsidenten stattgefundenen Besprechung wurde vereinbart, daß die Verhandlungen über die Fleischfrage durch Unterhändler am Freitag oder Sonnabend in Budapest beginnen sollen.

Frankreich.

Ein Antimilitarist verhaftet.

Brest, 19. September. Der Sekretär des Verbandes der Syndikate im Departement Finistère, Moullet, wurde wegen Anreizung der Soldaten zum Ungehorsam und wegen Verleumdung der Behörden verhaftet.

Spanien.

Der Generalfreik.

Madrid, 19. September. Der allgemeine Arbeiterverband hat den Gesamtaustritt für ganz Spanien beschlossen. Der Beginn des Ausstandes wird später festgesetzt werden.

Ueberall Belagerungszustand.

Madrid, 19. September. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben werden.

Die Kämpfe in Valencia.

Valencia, 19. September. Die städtischen Arbeiter sind gestern in den Ausstand getreten. Artillerie hat die strategischen Punkte der Stadt besetzt. Die Gendarmerie wurde mit Steinen beworfen und schritt mit der Waffe ein. Es wurden 21 Verhaftungen vorgenommen.

Gestern vormittag begannen ungefähr hundert erregte Ausländische Wagen und Straßenbahnen anzuhalten. Bis 8 Uhr nachmittags war es den Ausständigen gelungen, den ganzen Verkehr aufzuhalten und die gesamte Arbeit in den Werkstätten zum Stillstand zu bringen. Um 4 Uhr rückte Gendarmerie gegen die Straßen des Zentrums der Stadt vor; sie wurde mit Steinwürfen empfangen und schritt mit der Waffe ein. Eine Schar von jungen Durcheinander durch Steinwürfe ein Etablissement zur Einstellung des Betriebes. Um 5 Uhr besetzten mit Gewehren bewaffnete Polizeimannschaften, Gendarmerie und Truppenabteilungen die Straßen in der Nähe der Fabrik.

Wegen des revolutionären Charakters der Bewegung wurde die Leitung der Provinz den Militärbehörden übertragen, die Truppen ausmarschieren ließen. Zwischen den Ausständigen und den Sicherheitsorganen kam es mehrfach zu Zusammenstößen, bei denen Schüsse geschossen wurden. Die telegraphischen Verbindungen mit Madrid sind noch im Betriebe. In La Coruña herrscht der Generalfreik.

In Barcelona betrachtet der Gouverneur den Versuch des Generalfreies als gescheitert. Dort herrscht völlige Ordnung. Von zehn Mitgliedern des revolutionären Komitees, das sich gebildet hat, sind neun verhaftet worden, und zwar ein Mitglied in Bilbao, die anderen in Madrid.

Norwegen.

Die Soldatennunnen.

Christiania, 18. September. Das Kriegsgericht verurteilte heute von 33 Angeklagten, die an den Soldatennunnen auf Gadermen beteiligt waren, zwei Soldaten zu 2 Tagen und vierzehn zu 20 Tagen Arrest, ferner wegen der Soldatennunnen auf Fjellstadsanden, an denen eine ganze Kompanie beteiligt war, 139 Soldaten zu 24 Tagen und einen Soldaten zu 18 Tagen Arrest.

Holland.

Für das gleiche Wahlrecht.

Haag, 19. September. Aus Anlaß der Eröffnung der Generalkonvention kam es heute zu einer Kundgebung für das allgemeine Stimrecht, an der sich 20000 Anhänger verschiedener Parteien des Landes beteiligten. Elf Redner hielten Ansprachen. Im Ministerium des Innern wurde eine große Zahl von Petitionen abgegeben.

Rußland.

Nach dem Tode Stolypins.

Petersburg, 19. September. Hier herrscht über den Tod Stolypins lebhafteste Bestürzung. Der Nachfolger des verstorbenen Ministerpräsidenten ist noch unbestimmt. Man meint, Finanzminister Kollowzew werde auch nach dem Tode Stolypins zeitweilig die Obliegenheiten des Ministerpräsidenten erfüllen, doch nicht endgültig auf diesem Posten bleiben. Der Nationalverband und die monarchistische Organisation arbeiten eine Petition an den Zaren aus, worin sie um Befreiung Rußlands von den fremden Völkern, in erster Linie von den Juden, bitten.

Bagrow.

Der Täter Bagrow bezog 185 Rubel Monatsgehalt von der Geheimpolizei, außerdem erhielt er für besondere Aufträge eine Entlohnung. Bagrows Oheim, ein bekannter Kerzenhändler, wurde verhaftet, ebenso seine Tante, deren Tochter und Dienerschaft. Der Polizeichef Kujabko wurde vom Dienste entlassen. Der Staatsanwalt berichtete dem Justizminister mündlich über den Gang der Untersuchung.

Eine Kiewer Zeitung behauptet, daß der Täter Bagrow den Revolver durch den Chef der Kiewer Polizei erhalten habe, was in den Märgeln der Geheimpolizei vermerkt sei.

Unter den Juden in Kiew herrschen Angst und Erregung. Der Polizeimeister teilte im Auftrage der obersten Behörden den Führern der rechtsstehenden Verbände von Kiew mit, daß im Falle von Unruhen die schärfsten Maßnahmen getroffen werden würden. Der Gouverneur von Kiew machte den Zeitungen die Mitteilung, daß die Truppen aus den Manövern in die Stadt zurückgeführt und vorübergehend durch ein Husaren-Regiment verstärkt worden seien. Der Generalgouverneur kündigt an, daß Unruhen nicht zugelassen werden würden. — Die Juden verlassen Kiew in Massen.

Angriffe auf die Polizei in Lodz.

Lodz, 19. September. Als heute eine Abteilung Schutzleute mit einem Kapitän an der Spitze vor einem Hause der Rigobiskistraße erschien, um dort eine Durchsuchung vorzunehmen, wurde sie aus dem Inneren des Gebäudes mit Revolvergeschüssen empfangen. Der Pfortner und ein Schutzmann wurden getötet; ein Schutzmann schwer, der Kapitän, ein Unteroffizier und ein Schutzmann leicht verletzt; einer der Verbrecher wurde bei dem Versuche über das Dach zu flüchten getötet, zwei andere wurden festgenommen, die übrigen entkamen in der Dunkelheit.

Aus der Partei.

Eine polizeiliche Demonstration?

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß ein Genosse, der bei einem Leichenbegängnis in der Umgegend von Dortmund einen Kranz mit roter Schleife getragen hatte, vom Schöffengericht in Dortmund freigesprochen worden war, obwohl das Gericht eine Verleumdung des in Frage kommenden Schutzmans, der die Entfernung der Schleife verlangte, als erwiesen angenommen hatte. Das Schöffengericht stellte nämlich fest, daß der Beamte unberechtigterweise eingegriffen und daß der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er sich, wie geschehen, wehrte. Drei Tage nach dieser gerichtlichen Feststellung, am Montag, wurde nun eine verordnete Potenscau der "Dortmunder Arbeiter-Zeitung" beerdigt, wobei es trotzdem wieder zu polizeilichen Eingriffen kam. Mitten in der Stadt vor dem Bahnhof wurden die Kranztäger von einem Polizeikommissar und mehreren Schutzmännern angehalten und es wurde die Entfernung der roten Schleifen verlangt. Der Beamte wurde wiederholt auf das schöffengerichtliche Urteil aufmerksam gemacht, er erklärte jedoch, daß er Auftrag habe, so zu handeln. Als die Schleifen mit Gewalt weggerissen werden sollten, nahmen die an der Beerdigung teilnehmenden Frauen sie an sich und stießen sie bald nachher wieder an die Kränze. Die Beamten folgten aber dem Zug nach weiter und nahmen schließlich zwei rote Schleifen mit Gewalt weg. Die betreffenden Kränze waren vom Transportarbeiterverband und vom Sozialdemokratischen Verein gespendet worden. Die Polizei erreichte mit ihrem gewalttätigen Eingreifen, daß sich der Teilnehmer eine große Erregung bemächtigte und daß eine "Demonstration" zustande kam. Die Frage ist nun, wollte die Polizei nur der Sozialdemokratie zu einer Demonstration verhelfen oder sollte auch gegen das Schöffengericht demonstriert werden?

Soziales.

Das Recht des unehelichen Kindes.

Die lebhaften Erörterungen, die in letzter Zeit die Fragen des Mutterrechtes und der Volksvermehrung gefunden haben, führten dazu, daß sich auch bürgerliche Kreise in steigendem Maße mit dem Rechte des unehelichen Kindes befaßten. Eine gründliche Erörterung hierüber entspann sich am 8. Deutschen Verfassungskongress, der am Montag und Dienstag unter dem Vorsitz von Professor Dr. Kunze in Frankfurt a. M. in Dresden zusammengetreten ist. Die Justizbehörden von Sachsen, das preussische Ministerium des Innern, das Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt und mehrere ungarische Wissenschaftler waren auf der Tagung vertreten. Stadtrat Rosenfeld-Königsberg, der das Referat erstatete, wies auf den Rückgang der ehelichen Geburten sowie auf das Sinken der Kindersterblichkeit und auf das Steigen der unehelichen Geburten hin. Die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes ist heute im Deutschen Reich sehr ungünstig. Eine Abhilfe darf aber nicht getragen sein von "sittlicher Entrüstung", sondern nur von dem Bestreben, dem unehelichen Kind Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und es im Interesse des Staates und der Gesellschaft sicherzustellen. Je stärker die Väter unehelicher Kinder zur Erfüllung ihrer Pflicht herangezogen werden, um so mehr werden die Privilegien beseitigt, die das heutige Recht diesen Vätern vor den Vätern ehelicher Kinder gewährt.

Amstgerichtsrat Landsberg-Lempe sprach über die Ziele der Rechtsänderung zugunsten der außerehelichen Kinder. Die Mißbilligung außerehelicher Zeugung ist die Folge der Anschauung, daß die Ehe die Grundlage der Normalfamilie ist und daher aufrecht erhalten werden müsse. Das uneheliche Kind ist aber ebenso, wie das eheliche, ein Teil des Volkes, und es darf daher nicht schlechter gestellt sein. Wir müssen die Einrichtungen entfernen, die diesem Unrecht entspringen, ohne zugleich die Vermeidung der Ehe verlockend zu gestalten. Wo die natürlichen Eltern ihre Pflicht dem Kinde gegenüber erfüllen, da muß das großartige Sittlichkeitsempfinden versummen. Zu der Ansicht, daß uneheliche Geburt ein Schandfleck sei, hat der Gedanke sehr viel beigetragen, daß die uneheliche Zeugung ein Delikt darstelle. Diese Anschauung ist hin-fällig, da wir doch das Leben als ein Gut betrachten und darum die Zeugung nicht für ein Vergehen ansehen können. Nicht die bestehenden, sondern die nichtbestehenden Väter unehelicher Kinder machen die größten Schwierigkeiten. Die Adoption unehelicher Kinder muß wesentlich erleichtert werden, wozu in erster Linie nötig ist, daß die Vormundschaftsgerichte ermächtigt werden, von dem Erfordernis des Alters von 50 Jahren für den Adoptivvater abzusehen. Diese humanen Ausfahrungen fanden lebhafteste Zustimmung. Es gelangte schließlich folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Praxis hat Schwächen des bestehenden Rechtszustandes für das uneheliche Kind ergeben, die dringend einer Reform bedürfen. Der ständige Ausschuss wird mit Verfolgung der Angelegenheit beauftragt.

Gewerkschaftliches.

Interessengemeinschaft zwischen Zentrumschristen und Hirsch-Dunckerschen.

Auch das Blatt der „christlichen“ Metallarbeiter bringt in seiner letzten Nummer sowohl den Text als auch den begleitenden Umbau der „Vereinbarungen“ zwischen dem Gewerksverein (Hirsch-Duncker) der Maschinenbau- und Metallarbeiter und dem christlichen Metallarbeiterverband. Text und erläuternde Bemerkungen stimmen in beiden Blättern überein. Nur hofft das christliche Blatt, daß der von dem „Bündnis“ erhobene Segen den Christen zufließen werde, während der Regulator für seine Richtung das Beste erwartet. Hoffen und Harren machen ja manchen zum Narren.

Auch der „Gewerksverein“, das Hirsch-Dunckersche „Zentral“-Blättchen, gibt seinen Segen zur Sache. Er bekräftigt noch besonders, daß der Pakt gegen die Sozialdemokratie und den Deutschen Metallarbeiterverband gerichtet sein soll. Der „Gewerksverein“ „orakelt“ in seiner ohnmächtigen Senilität von „terroristischen Monopolbestrebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes“, von der „Annäherung und dem Großmachtsdünkel der „freien“ Gewerkschaften“ und er „wünscht“, daß auch zwischen den anderen Gewerksvereinen der Hirsch-Dunckerschen und der „Christen“ ähnliche Vereinbarungen getroffen würden.

Nur zu! Den „Freien“ wird es gewiß recht sein, wenn sich die Lage derart klärt. Und die Betriebsamkeit der in dem Abkommen erwähnten „hervorragenden Sozialpolitiker“ geht ja auch mit diesem Wunsche des „Gewerksvereins“ in gleicher Richtung. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmer die verdoppelte Unbedeutendheit der Hirsche und Christen bei Lohnbewegungen in Zukunft höher einschätzen werden. Die halbe Million wirkender Arme sind im „großen Deutschen“ nach wie vor und der „rote Bruder“ wird noch immer stärker. Aber vielleicht ist ein forcierterer Streik- und Druckbetrieb den Unternehmern gefällig?

Berlin und Umgegend.

Die Lithographen und Steindrucker Berlins hatten sich am Montagabend in Hörners Festsaal (früher Keller) in der Stoppenstraße in ungewöhnlich starker Zahl versammelt, um zu der Lohnbewegung in Leipzig Stellung zu nehmen. Bis auf den letzten Platz war der große Saal gefüllt. Der Referent sah beleuchtete die allgemeine Lage des Gewerbes und ging dann auf die gegenwärtige Lohnbewegung ein. So mäßig und so berechtigt die Forderungen der Leipziger Kollegen auch sind, so wollen doch die Unternehmer nicht bewilligen. Sie wollen die Löhne auf dem tiefsten Standpunkt, den er während der Krise erreicht hat, erhalten, und den Gewinn, den ihnen die gute Konjunktur bringt, für sich allein behalten. Die ablehnende Haltung der Unternehmer hat es dahin gebracht, daß der Kampf von Leipzig auf andere Städte überspringt. In demselben Augenblick, wo wir hier versammelt sind, nehmen auch die Kollegen in Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt a. M. Stellung. Auch sie werden die Kündigung einreichen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Der Verband steht so da, daß er den Kampf, den ihm die Unternehmer anbieten, aufnehmen kann. Die Berliner Kollegen haben jetzt die Pflicht, die kämpfenden Kollegen dadurch zu unterstützen, daß sie Ueberstunden, Heimarbeit und Streikarbeit verweigern und so dazu beitragen, daß die Absichten des Schupverbandes der Unternehmer zu scheitern.

Der lebhafteste Beifall, mit dem die Ausführungen des Referenten aufgenommen wurden, ließ keinen Zweifel darüber, daß die Berliner Lithographen und Steindrucker entschlossen sind, dem an sie ergangenen Appell Folge zu leisten. — Nachdem noch Müller vom Hauptvorstand sich im Sinne des Referenten geäußert hatte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung verpflichtet, zur Unterstützung der kämpfenden Kollegschaft keine Ueberstunden und Heimarbeit für Schupverbandfirmen zu leisten und jede Streikarbeit strikte zu verweigern. Die Versammlung beauftragte die Verwaltungen, Maßnahmen zu treffen, um diesen Kampf tatkräftig zu unterstützen und verspricht, mit allen Mitteln die Position der Organisation zu verstärken.

Die Aussperrungsgelüste der Unternehmer in der Stapelfonktion

laute die Tagesordnung einer Versammlung der Stapelfonktionsschneider, die am Montag bei Schulz in der Münzstraße stattfand. Der Vorsitzende kündigte dem Schneiderverband schilderte die Entwicklung der gegenwärtigen Lage, die ja offenbar derart ist, daß man auf einen großen Konflikt gefaßt sein muß. Was sich jetzt in der Stapelfonktion abzuspielen beginnt, kommt jedoch keineswegs unerwartet, sondern ist nur die von Anfang an vorausgesehene Folge der vor ungefähr zwei Jahren eingeleiteten Lohnbewegung in der Herrenkonfektion. Im Anfang handelte es sich bei dieser Bewegung um die bessere Konfektion, dann kam es aber auch zum Abschluß von Tarifen für die Stapelfonktion, zunächst in solchen Geschäften, die diese billige Ware neben der besseren Konfektion anfertigen. Nun aber ist der Schneiderverband dazu übergegangen, die tarifliche Regelung auch in den eigenen Stapelfonktionsgeschäften durchzuführen. Die ganze Bewegung konnte nur nach und nach zur Entwicklung kommen und mühte mit dem bessergestellten Konfektionsschneidern beginnen, bis jetzt endlich auch die am schlechtesten gestellten Schneider der Stapelfonktion, die lange Zeit hindurch alle Lohnrückstände lediglich durch Verlängerung der Arbeitszeit auszugleichen suchten, sich zu energischem Vorgehen aufraffen konnten. Was jetzt gefordert wird und was in den abgeschlossenen Tarifen vereinbart ist, geht kaum über das hinaus, was bei der Bewegung vom Jahre 1896 vor dem Berliner Gewerbegericht festgelegt wurde. Ueber die Berechtigung der Forderungen braucht also nicht geredet zu werden, zumal wenn man die seitdem eingetretene ungeheure Teuerung berücksichtigt. Die Waren, die in der Stapelfonktion hergestellt werden, sind selbstverständlich nur für die Arbeiterklassen bestimmt, und dies müßte den Unternehmern ein Grund mehr sein, ihren Schneidern wenigstens halbwegs anständige Löhne zu bezahlen. Dazu scheinen die Unternehmer jedoch nicht gewillt. Wie die bereits in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ erwähnten Vorgänge, die sich an den Streik bei Freiberg u. Geredter knüpften, erkennen lassen, haben sich die Unternehmer der Stapelfonktion organisiert und wollen offenbar den Forderungen der Arbeitnehmer mit einer Aussperrung entgegenzutreten. Eine Firma, Salomon u. Kurzweg, hatte übrigens ihren Schneidern gedroht, daß diejenigen, die zur Versammlung gingen, kein Stück Arbeit mehr erhalten sollten, also schon so etwas wie eine Aussperrung in Aussicht gestellt. Doch die Schneider sich durch solche Drohungen und Maßnahmen Furcht einjagen lassen, ist ganz ausgeschlossen. Sie und ihre Organisationsleitung hat von Anfang an damit gerechnet, daß es zum Kampf kommen muß, und sind darauf vorbereitet. Wünschen es die Konfektionäre, so sind wir, erklärte der Redner, gerne bereit, die Lohnverhältnisse in der Konfektion einmal wieder öffentlich zur Diskussion zu stellen und den Kampf aufzunehmen, mag dieser Kampf auch noch so groß werden. Der Redner verlas den in Sachen des Streiks bei Freiberg u. Geredter gepflogenen Briefwechsel und

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Ullrich, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

wies darauf hin, daß vor allem das letzte an die Firma Freud u. Löwenstein gerichtete Schreiben des Schneiderverbandes keinen Zweifel darüber läßt, daß die Arbeitnehmer dem Konflikt mit aller Ruhe entgegensehen und es ganz den Konfektionären überlassen, ob sie den friedlichen Weg vorziehen, oder es auf den Kampf ankommen lassen wollen. Mit irgendwelchen beliebigen Lohnzulagen werden die Schneider sich nicht abspesen lassen, sondern verlangen, daß die Verhältnisse tariflich geregelt werden, die vorgelegten Forderungen zur Anerkennung kommen. Die Bewegung wird aber auch nicht haltmachen vor solchen Zwischenweilern, die sich ihr vielleicht an der Seite der Konfektionäre entgegenstellen. Der gegen uns ist, den werden wir bekämpfen, erklärte der Redner. — Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall und auch die lebhafteste Diskussion, die darauf folgte, ließ deutlich erkennen, daß die Arbeitnehmer der Stapelfonktion allen Erstes entschlossen sind, die tarifliche Regelung ihrer Löhne durchzuführen, und dabei auch vor dem Kampf nicht zurücktreten.

Unter den Gastwirtsgehilfen ist besonders in letzter Zeit eine lebhafteste Bewegung für Abschaffung der Belästigung im Betriebe im Gange. In einer Anzahl Berliner Großbetriebe ist es denn auch mit Hilfe der Organisation, des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, gelungen, die Belästigung abzuschaffen und dafür eine entsprechende Lohnentschädigung einzuführen. Neben dem Bierhaus Sieden (Votschamer Platz), Konzerthaus Clou, Schultheiß (Votschamer Platz), Weinhaus Rheingold, Prälanten (Alexanderplatz), Brauerei-Anschauung Hoppelt u. a. ist nun auch im „Hofbräu“ (Leipziger Str.) dieses System zur Einführung gelangt.

Die Ballschuhindustrie erfährt in neuerer Zeit durch Einführung von Webmaschinen eine einschneidende Umgestaltung. Die Handarbeit wird dadurch teilweise verdrängt. Die Arbeiter, die davon betroffen werden, haben alle Ursache dafür zu sorgen, daß diese technische Umwälzung sich nicht völlig auf ihre Kosten vollzieht. Gegen Verbesserungen im Produktionsprozeß sich aufzulehnen, haben die Arbeiter keine Ursache, aber gegen etwaige Verschlechterungen in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zur Wehre zu setzen, das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern sogar ihre verdamnte Pflicht. Aus diesem Grunde befaßte sich eine Versammlung der Ballschuhmacher, in der Hamann referierte, mit diesen Verhältnissen. Zunächst soll eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Ballschuhmacher aufgenommen werden.

Deutsches Reich.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Partei- und Gewerkschaftsgeossen und Genossinnen!

Auf der am 23. und 24. Juni d. J. in Berlin abgehaltenen Konferenz der Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten Deutschlands wurde festgestellt, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Kredit-, Nähmaschinen-, Versicherungs- und Automatengehilfen geradezu erbärmlich sind. Geringe Bezahlung, miserable Behandlung, Ausbeutung schlimmster Art ist an der Tagesordnung. Ramentlich an den Sonntagen müssen die Einkassierer oft 8-10 Stunden ununterbrochen arbeiten, Frauen und sogar die Kinder müssen mithelfen, die Profitgier dieser Unternehmer zu befriedigen.

Die Konferenz nahm eine Resolution einstimmig an, wonach sich die Einkassierer aller Branchen ihrer „Berufsorganisation“, dem „Deutschen Transportarbeiterverband“ anzuschließen haben. Dieser Aufruf suchte. Es gelang sogar, bei mehreren Firmen durch Tarifverträge gesunde Verhältnisse zu schaffen.

Die Arbeitgeberorganisation, der „Verband der Kreditgeschäftsinhaber Deutschlands“ (Sitz Berlin), die großen „Versicherungsgesellschaften“ sowohl als auch die bekannten „Nähmaschinenfirmen“ sind nun befreit, die Einkassierer von dem Verbanne fernzuhalten. Welche Vereinigungen sind geschlossen.

Wir richten an das lausende Publikum, insbesondere aber an die politisch sowie gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands das höfliche Ersuchen, uns in dem schwereren Kampfe zur Erringung und Erhaltung des Koalitionsrechtes durch Ausübung einer genauen und scharfen Kontrolle zu unterstützen.

Zwecks Ausübung derselben ist seitens des „Deutschen Transportarbeiterverbandes“ eine

„Kassa-Legitimationskarte“

herausgegeben worden. Beim Kauf von Möbeln aller Art, Nähmaschinen, Fahrrädern und Kleidungsstücken sowie beim Abschluss von „Feuer-, Einbruch-, Diebstahl- und Lebens-Versicherungen“ verlange man stets die „Kassa-Legitimationskarte“ und das Mitgliedsbuch. Die Karte muß monatlich abgestempelt sein.

Die Agitationskommission der Einkassierer und Kassenboten. Deutscher Transportarbeiterverband.

NB. Die Partei- und Gewerkschaftspressen wird um Abdruck gebeten.

Zu bedauerlichen gewerkschaftlichen Konflikten

ist es bei der Bewegung in der Federmesserbranche zu Solingen gekommen. Der Kampf wird geführt vom Metallarbeiterverband, während die Angehörigen des Solinger Industriearbeiterverbandes der Bewegung fernblieben. Eine Versammlung der dem Gewerkschaftsverband angeschlossenen Gewerkschaften, die am Sonnabend in Solingen stattfand, hat nun das Verhalten der im Industriearbeiterverband organisierten Federmesserarbeiter, namentlich aber der Messerschleifer und Scherenschleifer, die Klagen für Taschen- und Federmesser schleifen und plehten, für Streikbruch erklärt. Die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes erklären ihrerseits, zu ihrem Verhalten gezwungen zu sein, weil der Metallarbeiterverband ihre Organisation „lostraffen“ wolle. Trotz dieser Konflikte haben die Streikenden offenbar Erfolge erzielt. Es sind bis jetzt 40 Fabrikanten, die den Tarif anerkennen haben. Auch macht sich der Ausfall an Klagen sehr bemerkbar, wodurch die Fabrikanten immer mehr in Verlegenheit kommen und gezwungen sind, in nächster Zeit mit dem Metallarbeiterverband in Unterhandlung zu treten.

Die Aussperrung in der Thüringer Metallindustrie.

Der Thüringer Metallindustriellenverband hat die zentralen Verhandlungen zur Beendigung der Aussperrung vollständig fallen gelassen, weil die Befehle bestanden, daß den Betrieben, die eine Verständigung mit ihren Arbeitern herbeiführten und die Arbeit schon aufgenommen haben, andere folgen würden; er hat beschloffen, für die einzelnen Ortsgruppen Verhandlungen aufzunehmen und so durchzuführen, daß die Aussperrung für alle Betriebe der Ortsgruppe aufgehoben wird, wenn die Arbeiter in allen Betrieben die Arbeit aufnehmen. Mit diesem Beschlusse ist es dem Arbeitgeberverband gelungen, seinen Einfluß auf die Ortsgruppen zur Geltung bringen zu können.

Die Ortsgruppe Gotha hatte für Montag, den 11. September, die Aussperrung aufgehoben und die Arbeiter durch Bekanntmachungen und Einladungen zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert. Die Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf. Sämtliche Vorgesetzten sandten Kommissionen mit der Mitteilung an ihre Arbeitgeber, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Die Mitglieder der Ortsgruppe Gotha traten darauf sofort zusammen und gaben am selben Tage gemeinschaftlich Bescheid, daß sie zur Vereinbarung der Bedingungen am nächsten Tage bereit seien. Die Firmen haben daraufhin den Verbänden ihre Vorschläge unterbreitet. Zu diesen Vorschlägen wurden in den einzelnen Firmen Erklärungen an die Arbeiterauschüsse und Kommissionen gegeben, die die Lohnhöhe umfassen. In der Gothaer Waggon-

fabrik und in der Maschinenfabrik von Briegleb, Hansen u. Co. stellten die Holzarbeiter und Maler nach Aufhebung der Aussperrung besondere Forderungen auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, auf Erhöhung der Löhne und Aufbesserung um 10 Proz. und Einführung von Mindestlöhnen und eines Lohnscharif. Die Direktion der Waggonfabrik lehnte diese Forderungen ab und die Forderungen der Metallarbeiter ab und versprach, die Löhne und Aufbesserung zu prüfen und berücksichtigen zu wollen. Die Holzarbeiter beschloffen, von der Durchführung ihrer Forderungen im Anschluß an die Aussperrung Abstand zu nehmen, nachdem in allen anderen Betriebsversammlungen beschloffen worden war, die Arbeit zu den vorstehenden Vorschlägen der Arbeitgeber aufzunehmen. Die Arbeitsaufnahme erfolgte in allen beteiligten Betrieben am Sonnabend, den 16. September. Die Meldung der Tageszeitungen, daß die Arbeitsaufnahme in der Gothaer Waggonfabrik schon zu einem früheren Termin stattgefunden haben soll, war eine Zeitungslüge.

Demit ist die Aussperrung in Eisenach und Gotha und einem Betriebe in Erfurt beendet. Die Arbeit wäre in Erfurt schon in mehreren Betrieben, für die schon Vereinbarungen getroffen sind, aufgenommen, wenn die ausgesperrten Arbeiter nicht so angänglich darauf bedacht wären, zu verhindern, daß einzelne Betriebe die Arbeit gesondert aufnehmen. Sie unterstützen mit ihrer Stellungnahme die Arbeitgeber, die auch fordern, daß in keinem Betriebe, wo die Verhältnisse geregelt sind, die Arbeit aufgenommen werden darf, wenn die Regelung nicht für alle Betriebe erfolgt ist.

Die Verhandlungen haben für die Betriebe in Altenburg, Erfurt und Zeulenroda stattgefunden, und müssen die Betriebsversammlungen in den Orten an den nächsten Tagen entscheiden. Die Arbeitgeber in Saalfeld haben ebenfalls Verhandlungen angeboten, die in den nächsten Tagen stattfinden können, denen sich dann J. H. Terschhausen mit den anderen Orten anschließen werden.

Die Lohnbewegung der Spulerrinnen bei der Firma Salzmann u. Co. in Eintracht ist beendet. Seitens der Firma wurde eine Lohnerböhung von 5-7 Proz. zugestanden. Ebenso wurde die Maßregelung zurückgenommen.

Schuhmacheraussperrung in Wermelskirchen.

Der Schuhfabrikantenverband lehnte die Einigungsvorschläge ab und kündigte die Aussperrung der Arbeiter zum 23. d. Mts. an.

Ausland.

Eisenbahnerstreik in Irland.

London, 18. September 1911.

In Dublin beschloffen gestern die Angestellten der Großen Südbahn, der größten Eisenbahn Irlands, den allgemeinen Ausstand auf dem ganzen Eisenbahnnetz dieser Gesellschaft zu proklamieren. Die Streikbewegung, die letzten Freitag ihren Anfang nahm und auch andere Linien in Mitleidenschaft gezogen hat, entstand aus der Weigerung zweier Angestellten am Dubliner Güterbahnhof, die Waren eines Holzgeschäftes, dessen Arbeiter sich im Streik befinden, zu verladen. Die Eisenbahner verlangen von der Gesellschaft, daß diese die Aufträge der betreffenden Firma nicht annehmen soll. Die Gesellschaft erklärt demgegenüber, daß sie gesetzlich verpflichtet ist, diese Aufträge entgegenzunehmen. Der Streik dehnt sich immer mehr aus. Schon ist im Lebensmittelhandel nach England eine empfindliche Störung eingetreten. Gestern kam im Holyhead nicht ein einziges Schiff aus Irland an, obwohl seit dem allgemeinen Eisenbahnerstreik jeden Sonntag 4 bis 5 Schiffe, die Lebensmittel brachten, im Hafen einliefen. Ob diese irische Bewegung als ein Ausläufer des Generalstreiks oder als die Einleitung zu einem neuen allgemeinen Streik zu betrachten ist, ist noch schwer zu entscheiden. Die Beilegung des Streiks hat die Gemüter nicht beruhigt. Beständig finden Massenversammlungen statt, die sich mit der allgemeinen Lage und an vielen Orten mit dem Verhalten einiger Eisenbahngesellschaften beschäftigen, die den letzten geschlossenen Beitrag nicht halten und Streikende nicht wieder in ihre alten Posten eingestellt haben. Nach persönlichen Einbrüden und den Aussagen der Gewerkschaftsbeamten zu urteilen, kann die unter den Eisenbahnern des ganzen Landes augenblicklich herrschende Stimmung leicht zu einer Erneuerung des Generalstreiks führen.

Scherstreik in Italien.

Mailand, 19. September. Infolge des Scherstreiks erleidet das Erscheinen der Zeitungen in Mailand nur geringe Unterbrechungen. Rom, 19. September. Infolge der Verabschiedung von drei Arbeitern aus der Druckerei der Firma Bonetti sind sämtliche Druckereiarbeiter in den Ausstand getreten. Infolgedessen werden die Zeitungen von morgen ab nicht mehr erscheinen können.

Letzte Nachrichten.

Erst Säbelhiebe, dann Arrest.

Wien, 19. September. (B. Z. W.) Vor dem Bezirksgericht begannen heute die ersten Verhandlungen gegen eine Anzahl der am Sonntag und Montag wegen „Sachbeschädigung“ verhafteten Personen, unter denen sich auch der sechzehnjährige Hilfsarbeiter Rulle aus Berlin befindet. Ein Angeklagter wurde wegen des Einschlagens von Fenstern zu drei Wochen Arrest verurteilt. Die Verhandlung gegen die übrigen Angeklagten wurde wegen Vernehmung weiterer Zeugen vertagt. Die Angeklagten verbleiben in der Haft.

Frachtermäßigungen in Oesterreich.

Wien, 19. September. (B. Z. W.) Das Eisenbahnministerium hat außer den bereits gewährten Frachtermäßigungen für Vieh und Fleisch auch die Einführung einer allgemeinen 50 Proz. Frachtermäßigung für Kartoffeln, Gemüse und Hülsenfrüchte auf sämtlichen Linien der österreichischen Staatsbahnen verfügt.

Die Streikbewegung in England.

London, 19. September. (B. Z. W.) Der Exekutivauschuß der Eisenbahner in Dublin nahm heute eine Resolution an, in der die Eisenbahngesellschaften dringend aufgefordert werden, mit ihnen zusammen auf eine Verständigung hinzuzuarbeiten.

London, 19. September. (B. Z. W.) Infolge des Streiks gestaltet sich die Lage auf den irischen Eisenbahnen sehr kritisch. 40 schottische Arbeitswillige, die in Dublin eingetroffen sind, begaben sich unter starker polizeilicher Bedeckung nach der Königsbrücke, wobei es zu feindlichen Kundgebungen kam. Die Truppen in Fermoy erhielten Befehl, sich bereit zu halten. Hunderte von Reisenden aus England werden in Dublin zurückgehalten und können nicht nach Nord- und Westirland weiterreisen. Auf der Strecke Tralee-Mallow wurden dem Lokomotivführer zwei bewaffnete Polizeibeamte zum Schutz beigegeben. Der Import von irischen Eiern und Butter nach England wird sehr durch den Streik beeinträchtigt.

Lodesfahrt im Automobil.

Darmstadt, 19. September. (B. Z. W.) Ein schweres Automobilunfall ereignete sich heute nachmittags nach 6 Uhr auf der Chaussee zwischen Pfungstadt und Widenbach. Ein französisches Automobil, das sich auf der Rückfahrt befand, fuhr an einer scharfen Kurve gegen einen Randstein. Die beiden Insassen, Ingenieur Wuh und Monteur Schreiber, wurden herausgeschleudert. Der Monteur war sofort tot, der Ingenieur schwer verletzt.

Gaul, Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbeil.

Die Parteipresse über den Jenaer Parteitag.

„Hamburger Echo“:

Schon vor Wochen ist in einem großen Teil der Parteipresse und in Verammlungen darüber geklagt worden, daß in der Marokkoaffäre der Parteivorstand die Initiative vermissen lasse, daß er den Anfängen des verhängnisvollen Abmachens mit so tüchtler Gleichgültigkeit gegenübergestanden habe, als ob er die Bedeutung des „Bantersprungs“ nicht erkannt hätte.

Zwar der Parteivorstand bewies, daß er der tatsächlichen Künste mächtig ist, indem er einen „Fall Luxemburg“ konstruierte und so scheinbar einen Teil der Beschwörung in die Verteidigungsstellung manövierte. Jedoch blieb der Erfolg aus, trotz des mitunter sehr scharfen Eingreifens unseres Genossen Bebel, der mit seinem wohlwollenden Ansehen den gesamten Parteivorstand auch da zu decken suchte, wo offenbar Fehler wenigstens einzelner Mitglieder vorlagen.

Da die Meinung des allergrößten Teiles des Parteitagess durch die Reden und die Zustimmung hierzu unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen war, auch die von allen Seiten empfohlene Verstärkung des Parteivorstandes wesentlich damit begründet wurde, man müsse ihm Kräfte zuführen, um ihn leistungsfähiger zu großer politischer Tätigkeit zu machen, war es nicht mehr nötig, über die vorliegenden Tadelanträge abstimmen zu lassen.

In gewissem Sinne gehört zu den internen Angelegenheiten der Partei auch der württembergische Streit mit seinen Begleiterscheinungen, der zur Kassierung zweier Stuttgarter Mandate führte. Unseres Erachtens ist hierbei allerdings vom Parteitag ein Fehler gemacht worden, was vielleicht auf die verlorene Art der Abstimmung zurückzuführen ist.

Murden so die inneren Schwierigkeiten in im großen und ganzen befriedigender Weise behandelt und darüber entschieden, so können wir leider nicht dieselbe Genauigkeit empfinden über den Ausgang, den die Verhandlung über die Marokkofrage nahm; hier zeigte es sich, wie Kleinigkeiten und Zufälligkeiten unangenehme Folgen haben können.

„Wem Tareken kann man gewinnen, beim Dichten verliert man sicher, wenn's Lyrik ist.“

Kleines feuilleton.

Neues von der „roten Erzählung“. In der hier bereits früher wegen ihrer Gediegenheit und Billigkeit empfohlenen Münchener Wochenchrift „Die Leze“ veröffentlichte soeben (Nr. 30/37) Ernst Krowitz seine aus zwei Jahrzehnten eines freundschaftlichen Umganges geschöpften Erinnerungen an Heinrich v. Reder.

„Für die Charakterstärke und das feste Rückgrat, Männerstolz usw. gibt heute niemand einen Ridel.“

„Alle meine Bücher sind durch die Schuld der Verleger zu Grunde gegangen. Das sind mit wenig Ausnahmen, exempla docent, zu meist Piraten, rüchichtslose Ausbeuter, welche den Autor um den Lohn der Arbeit bringen. Ich bekam nie ein Honorar und hatte nur Verdruß und materiellen Verlust.“

„Unser Publikum kümmert sich mehr um den Magen als um die Poesie.“

schließlich einstimmig angenommene Resolution ausgedrückt wird. Aber leider hat diese Resolution einen Mangel; es fehlt darin nämlich eine Erklärung der prinzipiellen Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonial- und Weltpolitik. Daß eine solche Erklärung absichtlich ausgelassen wurde, ist natürlich nicht anzunehmen; aber sie fehlte eben, und darum waren Amendements gestellt, die Lücke auszufüllen. Infolge von Zufälligkeiten konnten diese Amendements nicht schon zu Beginn des Parteitagess eingereicht werden, und schließlich verjahte auch noch die Druckerlei, so daß, als abgestimmt werden sollte, die Amendements nur vorgelesen werden konnten.

Da sicherlich die Presse der Kolonialinteressenten aus der Ablehnung der Amendements Kapital zu schlagen versuchen wird, haben wir hier den Vorgang festgesetzt. Für die Kolonialpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, kann nicht einer der Ablehnenden in Anspruch genommen werden, und wie man, abgesehen von einigen Eigenbrötlern, über die „zahme“ Methode der Kolonialerwerbung denkt, das zeigte die Heiterkeit, womit der Parteitag den Antrag des Ehepaars Maurenbrocher und des inzwischen ausgeschlossenen Hildebrand unter den Tisch fallen ließ.

Die „Leipziger Volkszeitung“

schrieb am 18. zu der Behandlung der Marokkopolitik auf dem Parteitag:

„Besondere Erwähnung verdient eine Stelle in Bebel's Rede, die den Schein erwecken könnte, den Gegnern des Massenstreikgedankens entgegenzukommen, indem sie in ihrer apodiktischen Kürze den Massenstreik überhaupt als unmöglich hinzustellen scheint. Bebel führte bei der Schilderung der Situation nach einer Kriegserklärung aus:

„Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe, obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind. Dann aber wird das allgemeine Hungertod tatsächlich bedeuten. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da fragen die Massen nicht nach Massenstreik, da schreien sie nicht nach dem Massenstreik, da schreien sie nach Arbeit und Brot!“

Es ist schon möglich, daß einige besonders rabiate Gegner des Massenstreiks mit dieser Bemerkung Bebel's: da fragen die Massen nicht nach dem Massenstreik! krebzen gehen werden, und deshalb sei hier besonders darauf eingegangen. Daß die Massen in einer solchen Situation, wie Bebel sie schildert, nicht nach Massenstreik schreien, ist richtig, aber nur deshalb, weil dieser „Streik“ schon da ist, weil er ganz von selber aus den Verhältnissen herausgewachsen ist, weil die gesamte bürgerliche Gesellschaft sich in der Auflösung befindet.

Je mehr nun aber die Möglichkeiten sich häufen, daß eine so gewaltige Katastrophe eintritt, je häufiger und länger mit der Entwicklung des Imperialismus die Kriegsgefahr auf die Tagesordnung der Politik gesetzt wird, je gewaltiger die Deumutigung und Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaft schon durch die bloße Gefahr eines Krieges wird, desto dringender wird die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Massen auf solche Möglichkeiten vorzubereiten. Einen derartigen Hinweis vermischen wir in der Bebel'schen Rede. Zur Verhütung von Massenkatastrophen sind Massenaktionen notwendig, was ja die Partei durch die Mobilisierung der Massen in der Marokkokrises selber ausdrücklich anerkannt hat.

Unter der Ueberschrift „Der Parteitag des Heberganges“ schreibt dann unser Leipziger Parteiblatt am 18. September:

„Der Kongress war der letzte vor den nächsten Reichstagswahlen, und man durfte erwarten, daß diese Stellung des Parteitagess seinen Verhandlungen den Stempel aufdrücken würde. Und das um so mehr, als sich der Parteivorstand seit Jahresfrist bei

allen seinen Entschlüssen, seinen Taten wie seinen Unterlassungen von der Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen hatte leiten lassen. Es ist anders gekommen. Der Punkt Reichstagswahlen war an die letzte Stelle der Verhandlungen gerückt, und es war deutlich zu spüren, daß es nicht dieses Thema war, das den Höhepunkt des Kongresses bedeutete. Hier fehlte etwas von den großen allgemeinen Gesichtspunkten der gesellschaftlichen Entwicklung, die unserer Bewegung erst den richtigen Schwung geben und durch die eben für uns die Reichstagswahlen mehr werden als ein Kampf um Mandate und Stimmen, sondern gleichzeitig ein Kräftigen für den Fortschrittsprozess der gesamten bürgerlichen Gesellschaft.

Der Kernpunkt des Jenaer Parteitagess lag in seinen beiden ersten Verhandlungstagen. Hier handelte es sich um die Frage, die in der Tat die Frage der sozialdemokratischen Zukunft für die nächsten Jahre bildet, nämlich um die Taktik der Partei gegenüber dem Imperialismus. Daß diese Debatte nicht sachlich, sondern in der abgeschmackten Form eines Streites darüber geführt wurde, ob die Genossin Luxemburg eine Indiskretion begangen habe oder nicht, ist lediglich Schuld des Parteivorstandes.

„Die radikale Mehrheit der Partei hat... allen Anlaß, mit dem Ergebnis (der zweitägigen Parteidebatte) zufrieden zu sein. Man muß dabei nur auf die Sache und nicht auf die Form sehen. Der Parteivorstand gab, wie Genosse Müller ausdrücklich erklärte, nicht zu, in irgendeiner Hinsicht versagt zu haben. Eine Erweiterung des Vorstandes sei im Grunde nicht nötig, wenn sie aber vorgenommen werden sollte, so höchstens um einen Sekretär. Und was beschloß der Parteitag? Nach Ausfüllung der durch den Tod Singers gerissenen Lücke durch den Genossen Haase beschloß er die sofortige Erweiterung des Vorstandes durch zwei Sekretäre und außerdem die Gesamtorganisation des Vorstandes, zu deren Vorbereitung die Wahl einer zweiseitigen Kommission vorgenommen wurde, die dem nächsten Parteitag Vorschläge machen soll. Wenn das eine Niederlage sein soll, so wünschen wir uns recht viele derartiger „Niederlagen“. Der Parteitag hat durch seinen Beschluß ausdrücklich anerkannt, daß die Dinge nicht mehr so weiter gehen wie bisher, er hat durch die Tat die Verdrängung der Kritik an der Tätigkeit oder Untätigkeit des Parteivorstandes bestätigt.“

Viele wird noch über den Jenaer Kongress zu sagen sein, der für die innerpolitische Entwicklung der Partei vielleicht der interessanteste war, den wir seit dem ersten Jenaer Kongress erlebt haben. Er bedeutet den Uebergang der Partei in die Periode des Imperialismus mit all seinen Konsequenzen, seinen Massenkämpfen, seinen sozialen Katastrophen, seinen Erschütterungen aller Verhältnisse. Noch ist das Bewußtsein von dieser historischen Bedeutung des Jenaer Parteitagess nicht in allen Teilen der Partei lebendig. Noch geht es einzelne Parteitreife, die jede Kritik für „Krautessucht“ und „Kellnerbedürfnis“ halten. Aufgabe der Parteipresse wird es sein, diese subalterne Auffassung immer mehr zum Verschwinden zu bringen und an ihre Stelle die zielklare Erkenntnis der gewaltigen Aufgaben zu setzen, die eine nahe Zukunft der Sozialdemokratie bringen wird.

Aus Industrie und Handel.

Die Regierung verjagt.

Der Stand der Lebensmittelpreise ist in einer ganzen Reihe von Ländern in wenigen Monaten so stark in die Höhe gegangen, wie man es seit Jahren nicht mehr in ähnlicher Weise beobachten konnte. Der Grund hierfür liegt weniger in der geringeren Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft, als vielmehr in den Uebererhebungen, die den Einfluß der Hitze und Trockenheit auf den Ertrag der Ernte und auf die Leistungsfähigkeit der Viehzucht in den schwärzesten Farben malten und damit eine Marktstimmung erzeugten, die Preissteigerungen in hohem Maße begünstigte. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Wirkungen der ungewöhnlichen Witterung keineswegs so nachteilig waren, wie es nach den rapiden Preissteigerungen erscheinen könnte. Daß die plötzlich eingetretene Verteuerung der Haushaltskosten und die Sorge, daß es noch viel schlimmer werden könne, die bescheiden und ärmlich lebenden Bevölkerungsschichten in einen Zustand der Erregtheit versetzen, das ist verständlich. Daß die Erregung sogar zu ersten Ausbrüchen und Unruhen führen kann, das zeigen die Vorgänge in diesen Gemeinden Frankreichs und Belgiens und neuerdings in Wien. Auch in Deutschland ist die Situation ernst. Ueberall beschäftigt man sich mit der Frage der Lebensmittelerzeugung. Die

fälscht Kopyslissen eingeschickt. Das Lager besteht aus einer Sprungfedermatratze mit Hochhaaraufkantung und einem Hochhaarkissen; darüber kommt das Daunenlissen mit der eingelagerten Hochhaarnackentrolle. Der untere Rand der Matratze muß mit den Schultern abschneiden. Durch die Seitenlagerung mit erhöhtem Kopf wird das Herabsinken des Unterleibes und damit das Schnarchen vermieden.

Eine Pflanze, die lachen macht, wächst in Arabien und bringt eine leuchtend gelbe Blume hervor, deren schwarzer Samen in der Form an schwarze Bohnen gemahnt. Die Eingeborenen trocknen und pulverisieren diesen Samen. Eine kleine Dosis des Pulvers bringt bei dem nächstesten Menschen wunderliche Verwandlungen hervor: der Betreffende beginnt sich wie ein Clown oder wie ein Wahnsinniger zu benehmen, tanzt, singt und lacht schallend und setzt diese Heiterkeitsausbrüche etwa eine Stunde lang fort. Dann folgt ein schwerer Schlaf, und wenn der Erschöpfte schließlich wieder erwacht, hat er jede Erinnerung an sein verrücktes Gebaren verloren und weiß nicht, was er getan und was mit ihm geschehen ist.

Humor und Satire.

Dufter qualmt die heilige Vestafamme.

Sechs Beamte der Berliner Sitten-Polizei sind festig ausgeglitten. Still und großbeden sitzen sie in Schlamm; Dufter qualmt die heilige Vestafamme. Ist es, fragen sie sich, ein Verbrechen, Wenn die Mächens, wo uns lieben, blechen? Schaudernd fällt ihr Blick auf Jagotwa seine Jam Vernichtungstritt erhobnen Beine Dieser, fähnen sie, ist unerbittlich Und mit granenhafter Strenge sittlich. Denn warum? Wir taten es im Arzte Wandert man sich da, daß er entkamnte? Macht ein Kavaller im Amt Geschichten? Nein, ein Kavaller macht sie mitwachten! Aber ist er gar ein Subalterner — Oh — so kent ihm dieses noch viel fernere. Und wir waren, außer an der Minne, Auch nicht unbeteiligt am Gewinne. Und an Sittennähens, wo wir lieben, Gamm wir auch noch Schriftliches geschrieben! Kinder, Kinder, wenn wir es bedenken —; Raß uns Vater Jagotwa da nicht schwenken? Soll das Vatern etwa nicht verdrängen? Na, da sieht man's ja: Er läßt uns — schießen. Amen, Brüder, gürtet eure Lenden — Play für sechs Versicherungsgagenten! Peter Scher („Simplicissimus“).

„Wer Mahträge schlecht einschickt oder Würste macht, bringt es weiter als die Poeten.“

„Väter, Mägler und Bierbrauer sind die vernunftigsten Philosophen; die werden auch nicht wahnsinnig.“

„Die Dichter, Schriftsteller und Kritiker fressen sich gegenseitig auf; und die anderen kümmern sich nicht darum.“

„Wenn der Dichter kein Geld hat, wird er unter die Lumpen mit dem Bettelrad gerechnet.“

„Bei Lebzeiten läßt man die deutschen Dichter im Esend. Nach dem Tode werden sie gefeiert. Das ist echt deutsch, und die Deutschen bedenken nicht, daß sie damit ihre eigene Mißachtung der Poesie feiern.“

„Die toten Dichter gehören in Deutschland zum literarischen Kompost, aus dem die „Penny liners“ (Zeilenhinder) einige Körner zu eigenem Nutzen herausklauben.“

„Um die Lebenden kümmert man sich nur dann, wenn sie Greise geworden sind.“

„Diese Zintensische sind stets bereit, andere für sich geschäftlich auszunutzen.“

„Wuddah sagt: Geh an der Welt vorüber; es ist nichts.“

„Alles Irdische ist vergänglich, Nur der Ruhschwanz der bleibt länglich.“

„Was über mich geschrieben wurde, ging in den Wind. Was nach meinem Tode erscheinen könnte, ist mir völlig gleichgültig. Ich pfeife mit Meine auf den Nachruhm.“

„Wald fahr ich trübhen Blicks, Ergeben des Geistes, Doch ohne Krutzsitz Mit Charon über'n Sturz Und denk, 's is Welles nig.“

„Für meine Feuerbestattung hab ich den Betrag schon bezahlt. Es soll von mir nichts übrig bleiben.“

„Vom Schnarchen. Die Schnarcher teilt Generalarzt Dr. Schill ein in Gewohnheitschnarcher, die regelmäßig ihr Konzert beginnen, sobald sie die Augen geschlossen haben und in Gelegenheitschnarcher, die nur nach besonderen Einwirkungen, wie reichlichem Alkoholgenuß oder Uebermüdung schnarchen. Im allgemeinen pflegt der Name Holzblöde zu sagen mit des Vasses Grundgewalt, während die Frauen meist in höherer Tonlage oder durch sogenanntes Wlaffen sich betätigen, doch soll es auch Angehörige des zarten Geschlechts geben, deren Schnarchen die Wände erzittern läßt. Dr. Schill, der selbst Schnarcher, wenn er auf dem Rücken schlief, fand schließlich ein unerschöpfbares Mittel, um lautlos zu schlafen. Das ist eine unangenehme, d. h. ganz festgestopfte Hochhaarnackentrolle von 88 Zentimeter Umfang. Die wird in ein ziemlich prall mit Daunen ge-

Regierungen, die Kommunalverwaltungen erörtern die Möglichkeiten, wie einer weiteren Verschärfung des Notstandes entgegenzuwirken werden könne. Es ist ganz klar, daß in einem Jahre wie dem gegenwärtigen jede Begünstigung der Getreideausfuhr unterbleiben sollte. Das heißt, das System der Einfuhrzölle, das einzelnen Landwirten sehr gewinnbringende Geschäfte ermöglicht, muß fallen. Man blicke auf die Statistik, wie die deutsche Getreideausfuhr in den letzten Jahren zugenommen hat, und man wird nicht leugnen können, daß diese Zunahme nur durch das System der Einfuhrzölle ermöglicht worden ist. Es wirkt erbittern, wenn man sieht, daß an diesem System, das nur einem verschwindenden Teil einzelner Landwirte mäßigen Gewinn ermöglicht, unter allen Umständen festgehalten werden soll. Das preussische Staatsministerium hat sich dieser Tage über Maßnahmen zur Milderung der Schäden, die der Ernteausfall an Kartoffeln, Gemüse und Futtermitteln für die Volksernährung und für die Erhaltung des Viehstandes mit sich bringt, schlüssig gemacht und unter anderem beschlossen, in einer bestimmten Angelegenheit beim Bundesrat einen Antrag zu stellen. Daß eine Veränderung des Einfuhrzölle-Systems angeregt worden wäre, darüber verlautet nichts. Ohne Zweifel dürfte aber der Bundesrat kaum eine Veränderung eintreten lassen. Und doch wäre es geboten, daß zum mindesten Einfuhrzölle, die für Ausfuhrgetreide erteilt sind, nicht mehr auf Zollgefälle für Kaffee und Petroleum angerechnet werden dürften. Bei der gegenwärtigen Höhe der Getreidepreise am deutschen Markt ist jede staatliche Begünstigung und Unterstützung der Ausfuhr ein schwerer Fehler.

Ermäßigung der Fracht für Kohle.

Um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kohle gegenüber der englischen in einzelnen Ostseeprovinzen zu erhöhen, haben die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, die Erwägungen zu dem Beschluß gefaßt, daß vom 1. Oktober ab für die nach Ostpreußen und nach den angrenzenden Bezirken Westpreußens gehende ober- und auch niederländische Kohle erhebliche Frachtermäßigungen, und zwar in starkem Maße, für alle Orte der Provinzen eingeführt werden.

Für die „notleidenden“ Agrarier und Montanindustriellen öffnet die Regierung also den Staatskassensack, denn die Frachtermäßigung bedeutet ein Geschenk auf Kosten der Gesamtheit; wie aber steht es mit den Maßnahmen zum Schutze der schamlos ausgebeuteten Konsumenten?

Schnapsgeschäfte.

Als am 15. August der Verkaufspreis für Spirit durch die Spirituszentrale von 62,90 M. auf 69,50 M. pro Hektoliter erhöht wurde, erhob sich bei den Abnehmern ein Sturm der Entrüstung. Die Spirituszentrale erklärte, daß wegen der Unsicherheit der Lage und im besonderen wegen der Steigerung der Kartoffelpreise diese Erhöhung, die überdies nur eine provisorische wäre, notwendig sei. Die „provisorische“ Erhöhung besteht auch heute noch, sie soll vor Ende Oktober auf keinen Fall wieder beseitigt werden, so wird jetzt bekannt.

Jetzt, also rund einen Monat nach der Verkaufspreis-erhöhung, ist durch die Spirituszentrale auch der Abschlagspreis um 8 Mark erhöht worden. Der Abschlagspreis, das ist der Preis, den die Spirituszentrale den Brennern zahlt, betrug bisher 41 Mark pro Hektoliter, die Spirituszentrale verkaufte zu 62,90 M. Die Zentrale kostet dem Spiritusgewerbetreibenden also pro Hektoliter 11,90 M., das ist sicher eine ganz anständige Summe, auch wenn die wirkliche Vertriebsarbeit, die sie leistet, in Berechnung gestellt wird. Da der Abschlagspreis einen Monat lang trotz der Erhöhung des Verkaufspreises nicht stieg, so wuchs für diese Zeit der Hektolitergewinn der Spirituszentrale auf 17,50 Mark oder auf rund 45 Proz. des Einkaufspreises! Jetzt ist der Abschlagspreis um 8 M. auf 44 M. erhöht worden. Die Spirituszentrale profitiert „wegen der Verteuerung der Kartoffeln“ pro Hektoliter 14,50 M. gegen früher nur 11,90 M. Der Zentrale der Arbeit und Genossen bringt die Kartoffelverteuerung einen netten Nebeschuß, er beträgt bei jedem Hektoliter 2,60 Mark extra!

Gerichts-Zeitung.

Der Drohung mit einem Morde

hatte das Schöffengericht Spandau den Bauarbeiter Kalmużyi schuldig befunden und deshalb zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Einige unüberlegte, in der Trunkenheit gebrauchte Worte waren es, in denen das Schöffengericht die schauerliche Drohung erblickt hat. Vielleicht wären die törichten Worte des Angeklagten weniger hart verurteilt worden, wenn er nicht — ein Streikposten gewesen wäre.

Es war beim Bauarbeiterstreik in Spandau im Juni dieses Jahres, als Kalmużyi vor einem Neubau in der Seeburger Straße Posten stand. Kalmużyi hat sicherlich kein Verständnis für die verantwortungsvolle Aufgabe eines Streikpostens gehabt, denn er trank mehr als ihm gut war und stand in stark betrunkenem Zustande vor dem Bau. Da rief er dem Polier zu: „Wenn Sie nicht machen, daß Sie runter kommen, dann schmeiße

ich Sie mit Klamotten runter“. Zu einem Arbeiter, der den Bau betrat, um nach Arbeit zu fragen, sagte Kalmużyi: „Komm mal raus, Dir schlage ich die Knochen entzwei, Deine letzte Stunde hat geschlagen.“ — Das ist der Tatbestand, den das Spandauer Schöffengericht in allem Ernst als Bedrohung mit dem Verbrechen des Mordes und als Nötigung angesehen hat.

Die Berufungsinstanz, die Kalmużyi anrufen hat, beschäftigte sich gestern mit der Angelegenheit. Durch die Vernehmung des Arbeiters Karoli und des Poliers Hammer wurde festgestellt, daß der Angeklagte die angeführten Nebenarten zwar gebraucht hat, daß sie aber keiner der Beteiligten ernst genommen oder gar sich bedroht gefühlt hat. Nur einer scheint der Betrunkene sehr ernst genommen zu haben, nämlich der Polizeiergeant Herbert. Dieser Beamte ist geholt worden, um Kalmużyi von seinem Posten vor dem Bau zu entfernen. Als der Beamte kam, ging Kalmużyi in einen Kaufladen und benutzte dort den Fernsprecher. Ueber diesen Vorgang erzählte der Polizeiergeant Herbert als Zeuge mit wichtigem Akzent und forcher Stimme: Der Angeklagte telephonierte nach dem Parteifokal von Böhle und sagte, man solle ihm sechs Mann schicken, damit sie den Bau räumen könnten. — Die Wirkung, welche der Zeuge von dieser Angabe erwartet haben mochte, trat nicht ein. Das Gericht legte gar keinen Wert auf diese Behauptung, schon deshalb, weil sie gar nicht zur Sache gehöre.

In seinem Urteil folgte das Gericht im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalts Wolfgang Heine. — Das Gericht hält zwar die Feststellungen der ersten Instanz für bestätigt, kommt aber zu einem wesentlich milderem Urteil. Das Gericht hält weder eine Drohung mit einem Verbrechen, noch ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, sondern nur einen Fall von verübter Nötigung für vorliegend und verurteilt den Angeklagten zu drei Wochen Gefängnis.

Mit acht Monaten Gefängnis

hat der Arbeit Nikolaus Rohan die Entwendung eines dem Arbeiter Witke zu Hemmendorf gehörigen Fahrrades zu büßen. Rohan ist wegen dergleichen Delikte schon mehrfach vorbestraft. Er leugnete beharrlich, den in Rede stehenden Diebstahl ausgeführt zu haben. Das Schöffengericht zu Stallberg erklärte ihn indes auf Grund von Indizien für schuldig und verurteilte ihn in seiner letzten Sitzung zu einer achtmonatlichen Gefängnisstrafe.

Wetterprognose für Mittwoch, den 20. September 1911.

Vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Montag, den 18. September, verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Julius Fietz
Urbanstr. 105.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerbause aus nach dem neuen Zwillen-Richthof, Hildorf, Hermannstraße, statt. Reg. Beerdigung ermäßigt 211/10
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Julius Fietz
Urbanstr. 105 (Bezirk 5)

plötzlich verstorben ist. 51/3

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerbause aus nach dem neuen Zwillen-Richthof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Martin Drykoningen
durch Unfall gestorben ist. 123/3

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 16. d. M., abends 9 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere einzige liebste Tochter

Margareta
im 21. Lebensjahre.

Dies gelien tiefbetrubt an Karl Nähnlich und Frau geb. Dalchow.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes im Friedrichsfelde aus statt.

Dankagung.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten sage herzlich Dank für die zahlreiche Beteiligung und die herrlichen Kranzgebilde bei der Beerdigung meines Mannes und lieben Vaters.
Frau Aug. Bussian und Tochter.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Treppengeländer-Branche.

Donnerstag, den 21. September 1911, abends 8 Uhr, bei Anton Becker, Weberstr. 17:

Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.
2. Bericht über die Vertrauensmänner-Versammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 88/19 Der Vorstand.



SALEM ALEIKUM = SALEM GOLD

(Goldmundstück)

Cigaretten für Feinschmecker!

Man hüte sich vor fälschenden, qualitativ minderwertigen Nachahmungen!

Am 20. September und folgende Tage kommen bei uns mehrere 1000 Meter Reste von gutem Kleider-Samt ganz bedeutend unter regulärem Engros-Preis zum Detail-Verkauf.
Spandauer Straße 57, Hof links 1. Etage (dicht an der Königstraße).
Max Bornstein, Kommandit-Gesellschaft.

Ohne Anzahlung

lieferen an Jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen
wie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Porzellan, Gardinen, Laib- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder

neueste Fassons, größte Auswahl, sowie in grosser Auswahl! **Wochenrate von 1 M. an**

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Strasse

Um dem **Massenandrang** während der Hoch-Saison zu begegnen, habe ich mich entschlossen, die Preise für **neueste Herbst-Modelle** bedeutend zu ermässigen!

WESTMANN

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Strasse)
Gr. Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstr.)

Plüschmäntel
Je nach Ausführung: in echt englischem Seal und in deutschen Plüsch
s. T. 26.- 42.- 59.- 75.- 100.-
sonst 39.- 68.- 88.- 113.- 150.-

Kostüme u. Ulster (Wickelmäntel)
in allen Grössen und Welten, nur gute Fabrikate und beste Stoffe
s. T. 18.- 24.- 38.- 48.- 58.- s. T. 16.- 23.- 34.- 34.- 62.-
sonst 27.- 42.- 57.- 72.- 90.- sonst 24.- 37.- 52.- 60.- 90.-

Schwarze u. farb. Röcke Französische Kleider
zum Ausuchen 18.-, sonst bis 50.- zum Ausuchen 60.-, sonst bis 150.-

Pelz-Konfektion Einsegnungs- und Prüfungskleider.
Sonnabend, 23. 9., und Sonntag, 24. 9.
sind meine Geschäfte geschlossen. Einkäufe erblite bis Freitag Abend 7 Uhr.

HUMBOLDT-AKADEMIE

Das neue Vorlesungs-Verzeichnis ist erschienen
und in den Verkaufsbureaus und Buchhandlungen unentgeltlich zu haben.

Dr. Thompson's Seifenpulver

spart Arbeit, Zeit, Geld.

1/2 Pfd. Paket 15 Pf.

Beinleiden.
Dr. med. Fackelmanns Spezialinstitut
Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6.
Mittwochs u. Sonntags 9-12.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipziger Str. 75
Brillanten Uhren Goldwaren
25-50 % unter Ladenpreis.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder zu Berlin.
Meine Wohnung befindet sich jetzt: Rixdorf, Schillerpromenade 5, III.
K. Gottesmann, Vorsitzender.

Ich habe mein Bureau von Turmstr. 76a, Eingang Ottostraße 1, nach Turmstr. 51 verlegt. Meine Telefonnummer bleibt unverändert: Moabit: 7211.
Dr. Curt Rosenberg
Rechtsanwalt
bei den Landgerichten I, II u. III.

Stoffe

Beste, ausreißend für Anzüge, Ulster, Paletots, Kostüme Nr. 3., 4., 5.-20.
Zuchliger Koch & Seeland, G.m.b.H.
Gertraudenstr. 20-21, Berlin-Süd.

Grüße am Sonnabend, den 23. d. Mt., eine 6896

Rind- und Schweine-schlächtere.
Otto Moers, Greifswalder Strasse 54.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalem Strasse).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstrasse).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochellegantem Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat
(5mal prämiert Staatsmedaille in allen Holz- und Stahlarbeiten von wunderbarer Tonfülle.
121/8*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

verkaufe ich
Gegründet 1880.
Gegründet 1880.

Moderne Wohnungen mit bequemen Verbindungen
am Königl. Schloßpark
Pankow-Nieder-Schönhausen per 1. 10. 11 und 1. 4. 12.
3 Zimmer 600-650 Mfl.,
2 Zimmer 360-450 Mfl.
Für 10 Pf. direkt zu erreichen mit der Eisenbahn ab Mittelstraße, mit der Linie 49 und mit der Stettiner Vorortbahn, Station Pankow-Heinersdorf. Außerdem mit Zugang durch den Schloßpark mit den Linien 47, 47a und 57. Näheres im Bureau Nieder-Schönhausen, Schloß-Allee 40.
Amt Pankow Nr. 300. 121/17*

Stepheden in sauberster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt in der Fabrik
Bernhard Strohmandel. Ecke
Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Seydelstr.
(Zweiggeschäft) W. Joachimsthaler Straße 25/26.
Reparaturen u. Aufarbeiten billig. Illustrierten Preis-Katalog gratis u. franco.
Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Draßg.
Zor. Eleg. Prad. Gebred
1,50, Hofe 1,00, Belle 50 Pf.
Haben Sie noch?
Ich fertige davon Anzug u. Paletot
nach Maß, schnell, dauerhaft.
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Börs.)

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 20. Sept. 1911:
Anfang 8 Uhr.
Neues R. Operntheater. Die die
Allen jungen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kumpelstücken.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Deutsches. Faust. 2. Teil.
Anfang 7 Uhr.
Seffing. Alles ums Geld.
Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Oberhaus. Königskinder.
R. Schauspielhaus. Der Stören-
fried.
Zufriedenheit. Der Großfürst.
Berliner Theater. Die junge Garde.
Gaberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Lebende Tierbilder von nah und
fern.
Neues Schauspielhaus. Des
Meeres und der Liebe Wellen.
Kammertheater. Der Arzt am
Scheidewege.
Neues Operntheater. Die schöne
Helena.
Berliner. Bummelstudenten.
Königsgräber Straße. Grete Wiesen-
thal.
Kleines. Der Leibgardist.
Neues. Die Mutter. Zuflucht.
Schöne Seelen.
Wesken. Die Dame in Rot.
Romischer Oper. Die feurige Susanne.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Tbalia. Polnische Wirrkunst.
Schiller O. Der Probedandant.
Schiller O. Charlottenburg.
Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kabale und Liebe.
Trianon. Ihr Alibi.
Zuflucht. Das Wintermärchen.
Casino. Der selige Holschinsky.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Wasserg. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.
Gerrnsfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Rose. Das Rätchen von Heilbronn.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Golles Caprice. Die Meisterkinder
von Dürberg. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat einge-
schlagen!
Anfang 8 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Heimat.
Antimes. Von Liebesabenteurer.
Neues Volkstheater. In Be-
handlung.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Hamburg und
seine Schifffahrt. — Reise in der
Schweiz. — Zellwage.

Neue Volksbühne
Die Kunst dem Volke!
Heute Mittwoch im
Neuen Volks-Theater, Köpen-
nicker Str. 68: In Behandlung.
Komödie von Max Dreyer.
Jeden Sonntag Vorstellungen
im
Deutschen Theater
Kammerspielhaus
Schiller-Theater O.
Schiller-Th. Charlottenburg
Kleines Theater*
Neuen Volks-Theater
Theater in der Königsgräzer Str.
Metropol-Theater*
Neuen Operntheater*
Trianon-Theater
Theater der Hochschule in Char-
lottenburg. 150/3
Konzerte, Kunst-
und Lese-Abende
Gesellige Veranstaltungen
Gesellschaftsreisen.
Eintrittsgeld 1 Mark.
Jede Vorstellung 1 Mark
(in den mit * bezeichneten
Theatern 1,20 Mark).
Man verlange Prospekte,
die in den Zahlstellen des Ver-
eins, in den Warenhäusern Tietz,
Alexander-Platz, Frankfurter
Allee, Leipziger Straße (an
der Theaterkasse) und in der
Geschäftsstelle des Vereins:
Köpenicker Str. 68 unentgelt-
lich zu haben sind.
Telephonische Auskunft
Amt IV 10292, 11138.

CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 X Zimmerstraße 90/91.
!!! Heute !!!
Großes Doppel-Konzert!
Reg.-Kap. d. Garde-Püs.-Reg., Dirigent
Oberm. Dippel. — Reg.-Kap. d. 2. Garde-
Drag.-Reg., Dirigent Oberm. Poschko.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

SPORTPALAST
Potsdamer Str. 72
Allabendlich
Hurrah! Parade! Sport-Attraktionen
1. Rang
Soloführer und -Läuferspiele
Schnelllauf - Konkurrenzen,
Hockey - Spiele usw. usw.
ca. 200 Mitwirkende.
2 Musikkapellen. Feenhafte Beleuchtung.
Größter Eispalast der Welt

Concordia-Festsäle Andreasstr. 64
Inhaber M. Wendt und A. Schütze.
Donnerstag, den 21. September 1911:
Eröffnungs-Soiree
der allgemein bekannten und beliebten
Hoffmanns Sänger
Dir. Fr. Fanthor
mit vollständigem neuem Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., Vorzugskarten 15 Pf.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Diese Soireen finden jeden Donnerstag und Sonntag statt.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Wiederauftreten v. Joseph Josephi.
Joseph Giampietro. G. Thielscher.
Will Bishop. Viktor Norbert.
Dehlt von Else Kupter.
Madge Lessing. Gussy Holl a. D.
Lori Leux a. D. Ly Winter etc.
Anfang 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
**Lebende Tierbilder
von nah und fern.**
200
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark
Son abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Herrnfeld
Theater
Noch nie dagewesener
Lacherfolg!
**Das Kind
der Firma**
mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorherf. 11-2 Uhr (Theaterkaffe).

**Union-
Theater**
Direktion: Willy Cremer.
Moritzplatz
Täglich:
**Im großen
Augenblick!**
Schauspiel in 3 Akten
mit
Asta Nielsen
in der Hauptrolle.
Anfang der Vorstellung 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.

Luna-Park.
Sensationelle Attraktionen.
Kairo, Johnstowns Untergang
u. v. a.
Eintrittspreis bis 6 Uhr 30 Pf.,
nach 6 Uhr 50 Pf.
Kinder bis 10 Jahren haben in
Begleitung Erwachsener freien
Eintritt.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
Nachmittag:
Kunstausstellungen,
u. a.:
Apachantänze.
Einüßhofer-Konzert.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.
Neu: Pash-Ball-Spiel
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10^{1/2} Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Zum letzten Male:
Bete und arbeite
oder: Ein Tröbler.
Schausp. in 5 Akten v. H. v. Drachvogel.
Anf. 8 1/2 Uhr. Morgen: Mann i. Wunde.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

Zirkus A. Schumann.
Heute und jeden Abend 7 1/2 Uhr:
**Große Vorstellung
mit reichhaltigem Programm.**
Anfang der großen Feerie 9 1/2 Uhr
1000 JAHRE
auf dem
MEERESGRUND
Nach Motiven aus 1001 Nacht in
5 Bildern. Entworfen und insze-
niert vom Kommissionsrat
Direktor A. Schumann.

**Ausstellung
NORDLAND**
auf dem entsprechend
hergerichteten Platze
Kurfürstendamm 151
(früher Rollschuhbahn)
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Wissenschaftliche und lehrreiche
Darstellungen. Original-Hütten und
-Zelte. Haus-Industrie.
Eröffnung demnächst

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Porleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
6 Haderennen
auf der Bühne.
Clown Jansly
mit seiner Tierfamilie.
M. Wiegmanns
Beste Seiltänzer der Welt.
Theater - Spezialitäten.

Germania-Prachtsäle
N. Chausseest. 110. Carl Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitanz.
— Vorzugskarten gelten. —
Vorherf. Donnerstags:
1. Gr. Militär-Streichkonzert.

Arbeiter-Radfahrerverein Edelweiß
Motzen.
Sonntag, den 24. September,
im Lokale des Gastwirts Störbeck
in Schöneiche bei Jossen:
Herbst-Vergnügen.
Nachmittags 3 Uhr: Reris-Fahrt.
Die Radfahrer-Vereine der Um-
gegend sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Zirkus Busch
Mittwoch, den 20. September,
abends 8 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Die größte Attraktion aus
Karl Hagenbecks
berühmt Tierpark Stellingen:
Die Menschen-Affen
„Max und Moritz“.
4 Original-Perez!
Ohne Konkurrenz.
Paul Conchas, „Aero Star“ (zum
1. Male auf dem Kontinent).
Die fallenden Männer Viola u.
Bro. — Die berühmten Clowns
Moris u. Vincent. — Ferner
sämtl. neuengag. Künstler u.
Künstlerinnen.
Achtung! Ab Donnerstag, den
21. Septbr.: Beginn der Vor-
stellung tägl. 7 1/2 Uhr, Sonntag
nachmittags 3 1/2 Uhr.
Auf vielseitigen Wunsch a. Kinder-
kreisen, Sonntag nachmittags
3 1/2 Uhr: Menschen-Affen.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 24.9.: Der Stabsstom-
peter. Gesangsposse in 4 Akten von
Ranftsch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 25.9.: Die Wohlthäter der
Menschheit. Schauspiel in 3 Akten
von Philipp. Anfang 8 1/2 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
Polzmeisterstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
In lauschiger Nacht.
Variete mit Gesang in 1 Akt.
Nanni Pohlmann. Monny Solms.
Minni Neumann. Rudolf. Präkiosa,
der weiß „Scherzo Polmes“.
Vorherf. 8. Sonntags 6 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue
Berliner Poffen-Schlager
Der selige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Papa Nitsche.

**PASSAGE :: ::
ANOPTIKUM**
Das größte Schauabblissemont
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
**eisernen
Zunge.**
Ein Fakir ohne Norvan.
AGA die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Meisterkinder v. Dürberg
Bunter Solofest.
Nr. 14.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel,
Horst, Schröder, Schubert
Grüning A. u. R. Schröder.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Schiller-Theater O. Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Probedandant.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probedandant.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Freitag: Der eingebildete Kranke.

Neues Theater.
8 Uhr. Gastspiel Hansi Niese:
**Die Mutter. Eine Zuflucht.
Schöne Seelen.**

Berliner Theater.
8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königsgräzer Straße
8 Uhr:
Gastspiel Wiesenthal.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Letzte Spielzeit unter Direktion
Richard Alexander.
Ein Walzer von Chopin.
Schwanz in 3 Akte v. Beroul u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearb. v. Volten-
baders. — Morgen u. folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Zuflucht-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Wintermärchen

ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
**Das Rätchen
von Heilbronn.**
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, Freitag: Das Rätchen
von Heilbronn. Sonnabend, zum
1. Mal: Die Veitstube.

**Apollo
Theater**
Ab 8 Uhr:
**10 große Novitäten,
u. a.
Die G'schamige.**
Ein Dialog nach dem bekannten Bild
von H. v. Reznicek.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marietta Oily
(Kleines Theater)
Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sänger m. d. doppel. Kehle
und das große
Variété-Programm.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Der Projekthausl.
Vollschaulspiel in 4 Akten von
Ludwig Kerschbamer u. Hans Reuert.
Musik von H. Volta.
Kassensitz 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

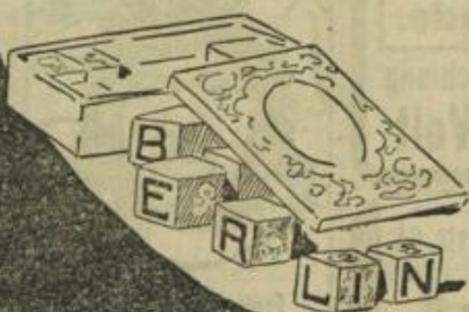
EIN TIEFER SINN

LIEGT OFT IM

KIND'SCHEN SPIEL!



BRENNINKMEYER!
GUT UND BILLIG!



Persil

Kinder- Wäsche

die meist scharfen Geruch hat und Krankenwäsche, auch wenn mit Blut und Eiter behaftet, wird gründlich davon befreit, desinfiziert und rasch gereinigt durch

Waschen mit Persil.

Vollkommen unschädlich! Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Wichtig für Möbelkäufer

Selten günstige Kaufgelegenheit von Wohnungs-Einrichtungen

Herrenzimmer v. 388 | Schlafzimmer v. 285
Speisezimmer v. 422 | Wohnzimmer v. 210
Bunte Küchen v. M. 54 Einz. Möbelstücke enorm billig

Solide, gediegene, geschmackvolle Ausführung.
Zahlungsverlichterung gestattet. ♦ Preise sonst viel höher.

Selbiger, Möbel-Kaufhaus

Brunnenstrasse 22.
Fabrikgebäude parterre I. u. II. Etage neben Kaufhaus Jandorf.

Kufeké

-Kinder-nahrung
-Kranken-kost,

Hervorragend bewährte Nahrung.
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen
bunte Küchen
bei Kassapreisen auf

Teilzahlung
im Möbelhaus

Carl Barthel

Inh.: Joachim Hochmuth.

Amt 7 7589 **O. 34, Zorndorfer Str. 54** Amt 7 7589
Riesen-Lager in separaten Räumen von Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen.

Leipzigerstr. 50a **H. Esders & Dyckhoff** Leipzigerstr. 50a
am Dönhofsplatz am Dönhofsplatz

Herren-, Knaben- und Damen-Kleidung, Herren-Artikel

Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung nach unseren eigenen Häusern Gertraudenstraße 8/9 an der Petri-Kirche.

Enorme Preis-Ermäßigung in sämtlichen Abteilungen, selten günstige Gelegenheit.

Serie I	Serie II	Serie III	Abzug vom bisherigen Verkaufspreis.
mit 60 %	mit 40 %	mit 20 %	

Sommer- und Winter-Kleidung.

Wir bitten höflichst um Besichtigung ohne Kaufzwang!!

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

„Ach, in Preußen bekommt man ja doch kein Recht.“

Das Amtsgericht Berlin-Tempelhof hatte gestern zu entscheiden über ein polizeiliches Strafmandat von 30 Mark, das dem Gewerkschaftsbeamten Behr, einem Angestellten des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, auferlegt worden war.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, am 22. Juli habe anfänglich auf seinen Wunsch ein von der Strafe herbeigerufener Schuhmann die Feststellung des Täters vornehmen wollen, aber ein Schuhmann Wegner habe seinem Kollegen gesagt: „Das gibst du nicht, Du gehst nicht mit, der soll sich an den Dekonom wenden.“

In der Beweisaufnahme wurde von Schuhmann Seifert beklagt, daß Wegner ihn von der Feststellung abgehalten habe: „Du brauchst nicht zu gehen, ich bin dagewesen, die Sache ist erledigt.“

meldet Euch als Zeugen!“ einen Anlauf verursacht und das Publikum aufgereizt. Der Angeklagte bestritt sehr entschieden Wegner bedroht zu haben.

Schuhmann Wegner, dessen Verteidigung zunächst ausgeführt wurde, erzählte dem Gericht, wie er die Ueberzeugung gehabt habe, daß Behrs Verlangen einer Feststellung nur „Finte“ und „Trik“ war, um in das Lokal hineinzugelangen.

Nach Wegners Verteidigung wurde ein auf Antrag des Verteidigers geladener Zeuge Schlosser Schmidt vernommen, der dazu gekommen war, als Behr abgeführt werden sollte.

Der Angeklagte sah als erwiesen an, daß Behr gelärmt habe, hielt aber selber 30 Mark für zu viel und beantragte 3 Mark.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine hatte aus der Beweisaufnahme den Eindruck gewonnen, daß Wegners Mitteilung an Seifert, die Sache sei „erledigt“, eine wesentlich unwahre gewesen sei.

finde und am Ausgang des Prozesses sehr interessiert sei. Auch Seiferts anfängliche Aussage über den Stroh habe erst korrigiert werden müssen.

Das Urteil zu finden und zu begründen, machte dem Gericht anscheinend einiges Kopfzerbrechen. Nach reichlich langer Beratung verkündete der Vorsitzende, Behr sei nicht schuldig des ruhestörenden Lärms, aber schuldig der Nichtbefolgung und habe 10 M. Geldstrafe zu zahlen.

Also: es war „objektiv pflichtwidrig“, die geforderte Feststellung zu verhindern, aber mit der Aufforderung wegzugehen waren die Schuhleute „im Recht“.

Behr hat übrigens gegen Wegner beim Polizeipräsidentium Beschwerde eingereicht. Die Entscheidung darüber ist bis nach Beendigung des Prozesses ausgeföhrt worden.

Pelerinen Gummi-Mäntel

Loden-Pelerinen

für Herren und Damen Grau oder grünlicher Strichloden „Impregniert“. Vorzüglich im Tragen.

Längen: 120 cm 125 cm 130 cm

Preis: 13.25 M. und 7.50 M.

Loden-Pelerinen

für Knaben und Mädchen grau oder grünlicher Strichloden „Impregniert“: Vorzüglich im Tragen

Längen: 100 cm und 110 cm

Preis: 10.— M. und 6.— M.

Längen: 70 cm, 80 cm und 90 cm

Preis: 7.50 M. und 4.50 M.



Obige enorm billige Angebote in englischen Gummi-Mänteln, die wir persönlich in einer ersten englischen Fabrik entstanden haben, gelten nur, so lange die Vorräte reichen.

Erstklassige echt englische Gummi-Mäntel zu spottbilligen Preisen

Serie I Single-Mantel, neueste Formen 12.50 M.

Serie II Einfarbig u. gemustert elegantes Aussehen, 22.50 M.

Serie III Double-text-Mantel Neueste Farben in Raglan- und Ulsterformen 27.00 M.

Serie IV Double-text-Mantel Extra schwere Qualität, besonders altzeitl. u. Fahrmanntel. 36.00 M.

BaerSohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 42 (Neueste Moden) kostenfrei.

Spreegold-Margarine

Vom Guten Das Beste

Überall erhältlich.



Margarine-Werke Berlin-Lichtenberg, Herzbergstr. 55-56.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Palmisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße. W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14. O. R. Pöckelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 88. R. Wenzels, Gr. Frankfurter Str. 120. NO. V. Jucht, Ammannelstraße 12. A. Neul, Barnimstr. 42. N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Ledener Str. 123. J. Schönisch, Magarischstr. 49. G. Vogel, Herbigstr. 37. H. Ticy, Jussufstr. 124. S. Dehaub, Hubelplatz 24. NW. Karl Anders, Salzweidenerstr. 8. Lawrenz, Gohlisdorferstr. 29. SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachs, Engelberger Str. 27. S. St. Prin, Prignitzstr. 31. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8. SO. Paul Böhm, Langher Weg 14/15. P. Dorich, Engelauer 15. Adlershof, Karl Schwarzsche, Postmannstr. 9. Baumgartenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienast, Nächststr. 10. Charlottenburg, Gustav Zehrer, Erlenheimer Str. 1. Friedrichshagen, Ernst Vertmann, Köpenicker Str. 12. Grünau, Franz Klein, Friedländerstr. 10. Johannisthal, Bielde, Koller-Wilhelm-Platz 6. Karlshorst, Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II. Köpenick, Emil Wöhler, Riekerstr. 6, Laden. Lichtenberg, Otto Seifert, Stromwitzerstr. 4, I. Nieder-Schöneweide, Gehrt, Brider Str. 6. Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedländerstr. 7. Ober-Schöneweide, Alfred Baber, Wilhelmshofstr. 17, II. Pankow, Otto Rikmann, Nützenstr. 30. Reinickendorf, P. Gursh, Provingstr. 56, Laden. Rixdorf, M. Heinrich, Redaerstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. C. Mohr, Steglitzerstr. 28/29. Rummelsburg, A. Kollentanz, Alt-Postgasse 56. Schöneberg, Wilhelm Däumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden. Spandau, Köppen, Seeststr. 64. Steglitz, G. Bernsee, Alsenstr. 5. Tempelhof, Franz, Berliner Str. 76, Laden. Treptow, Robert Gramenz, Riehlstr. 412, Laden. Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Charlotten 39a. Wilmerdorf, Paul Schnbert, Wilhelmshofstr. 26, Hofpartee.

Ein neuer Zuschneide-Frei-Kursus im Schnittzeichnen, Zuschneiden u. Nähen d. gesamt. Damen- u. Kind-Garderob. sowie Wäsche beginnt am Montag, d. 2. Oktober. Anmeldekarten, Prospekte grat. u. fr. Berliner Zuschneide-Akademie Dir. Krämer Oranienburger Str. 92, I. III. u. IV. Et. Eckhaus, am Hackeschen Markt, Nähe Bahnhof Börse u. Zirkus Busch.

Peppich „Vorwärts“-Leser 5% Extra-Rabatt. homas Berlin, Oranienstr. 160. Rosenthaler Str. 54.

Josefetti JUNO Beste 2 Pfg.-Cigarette

W. Tauche, Rixdorf, 45. Pannierstraße 25. Fr. Thiel, Lichtenberg, Gürtelstraße 37.

Aug. Grimberger, Hauptkontor zur Kgl. Nordbahn, Hauptkontor zur Kgl. Nordbahn.

M. F. Leyke, Das Beste für Otten u. Herd, J. Ferdinand Leyke sen., P. Hante, Loebell, L.

Max Lange, Camphausen-Str. 21, W. Lange, Friedrichshag, Kurstr. 8, Lange, H., Rixdorf, Walterstr. 16.

Gg. Engnath, Sattlerstr., Brunnenstr. 41, Carl Fessel, Nachb., G. Fr., Rixdorf, G. Fr., Rixdorf, G. Fr., Rixdorf.

P. Rentner, Auguststr. 17, Rosin, G., Auguststr. 49, Sachs, Julius, Wilmersdorfer-Str. 11.

Molkerei Nord-West, Bremerstr. 50, Brodowstr. 13, Schweizerhof, Meierei und Milchverkauf, Emdener Str. 44.

C. Wiese, Mühlenstr. 45, Wiedemann, Wilmersdorf, H. v. Wiedemann, Rixdorf, Friedr. Str. 23.

S. Posner, Brunnenstr. 172, Raitzig, Ad., Frankl. Allee 107, Rosner, Max, Schönefelderstr. 20.

J. Mannheim, Filialen im Osten, Gebr. A. & J. Podzuweit, L. Sager & Co., Heinr. Schupke, Herm. Schupke & Co.

Gustav Linke, Neue Hochstr. 90, Lips, Chamissoplatz 8, Frig Lobeth, Tel., Hermannstr. 42/43.

Paul Kratky, Rixdorf, 10, Richard Kurtzke, Damm 8, Adolf Pahnitz, Wienerstr. 14.

Otto Schoening & Co., Friedenau, Wilmersdorf u. Charlottenburg, Schramowski, Otto M. Schulze.

Nähmaschinen, A. v. Böttner, G. v. Böttner, G. v. Böttner, G. v. Böttner.

W. W. W., kauft man Fleisch und Wurst gut und billig? Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale, F. Zimmernann, Seest. 78.

M. Grund, Brunnenstr. 177, Haasen, Hut-Centrale, Kehr-Hüte, Mandel's Hutfabrik.

Kolonialwaren, Abend, R., Rummbg., Spatzg. 6, Otto Albrecht, Lychenerstr. 11.

Wilhelm Marx, Wildenowstr. 2, Karl Marzschat, Thaurstr. 13, Karl Mercier, Huttenstr. 3.

Lehranstalten, Zuschulde-Schule des Deutschen, Rudolf Maurer, Dir. Rösner.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Singer Nähmaschinen, Läden in allen Stadtteilen, Optiker, Base, Paul, N. Müllerstr. 174.

Glas u. Porzellan, Floeder & Kroll, Rixdorf, Bergstr. 135, Hoyer, A., Bergstr. 169.

Oscar Ortmann, Spandau, Charlottenstr. 6, Panama-Jakob, Peters, A., Frankl. Allee 149.

August Dankert, Max Dähnlich, R. Wessert, Diewerge & Niemann, A. Durin, Schönfelderstr. 19.

Julius Plotke, Retenickerdamm 13, Neue Hochstr. 31, E. Pöble, Metzger Str. 22.

Technikum, Bauschule, Licht-Hellanstalt, Linoleum u. Wachs, Naase, Häntsch.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Putzmittel, Saffin, bester Schuhputz, Solano, best. Metallputz.

G. Böhke, Ulmerstr. 9, Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 181, Hammick, Spandau, Schönw. Str. 92.

Vereinigte Hut-Compagnie, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 124, Rieck, Em., Ring, A., Rosenthaler-Str. 19.

August Dankert, Max Dähnlich, R. Wessert, Diewerge & Niemann, A. Durin, Schönfelderstr. 19.

J. F. Rauch, Rixdorf, Bergstr. 181, Herm. Radke, Cöpenick, A. Ramhold, Prinzen-Allee 19.

Menschenwaren, Belwe Nef, Otto, Grünberg, Nacht, M., Seidel, M., M. Anders.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen, Herm. Adler, Berlin, Schloßstr. 119.

Hollant für Stotter, „Stottern“, besetzt gründlich und dauernd bei jedem, der stotternd singt.

M. Bathke, Kaffee-Versand, all. Stadtdirektion, Otto Goetze, Kollnsee, 18/17 Hof.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4, Gräbert, Emil, Rixdorf, Brunnenstr. 25.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16, Scheffler, Eugen, Grüner Weg 123.

Menschenwaren, Belwe Nef, Otto, Grünberg, Nacht, M., Seidel, M., M. Anders.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen, Herm. Adler, Berlin, Schloßstr. 119.

Herrn-Artikel, Antoni, Schönhauser Allee 116, Felix Hrynko, Köpenick, H. Böck, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 16.

Kaufhaus, Z. Alexander & Co., Badstr. 55, Konsum, Berlin u. Umgegend, C. Kurtzahn.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4, Gräbert, Emil, Rixdorf, Brunnenstr. 25.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16, Scheffler, Eugen, Grüner Weg 123.

Menschenwaren, Belwe Nef, Otto, Grünberg, Nacht, M., Seidel, M., M. Anders.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen, Herm. Adler, Berlin, Schloßstr. 119.

Herrn-Artikel, Antoni, Schönhauser Allee 116, Felix Hrynko, Köpenick, H. Böck, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 16.

Kaufhaus, Z. Alexander & Co., Badstr. 55, Konsum, Berlin u. Umgegend, C. Kurtzahn.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4, Gräbert, Emil, Rixdorf, Brunnenstr. 25.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16, Scheffler, Eugen, Grüner Weg 123.

Menschenwaren, Belwe Nef, Otto, Grünberg, Nacht, M., Seidel, M., M. Anders.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen, Herm. Adler, Berlin, Schloßstr. 119.

Herrn-Artikel, Antoni, Schönhauser Allee 116, Felix Hrynko, Köpenick, H. Böck, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 16.

Kaufhaus, Z. Alexander & Co., Badstr. 55, Konsum, Berlin u. Umgegend, C. Kurtzahn.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4, Gräbert, Emil, Rixdorf, Brunnenstr. 25.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16, Scheffler, Eugen, Grüner Weg 123.

Menschenwaren, Belwe Nef, Otto, Grünberg, Nacht, M., Seidel, M., M. Anders.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen, Herm. Adler, Berlin, Schloßstr. 119.

Max Kaplan, Friedrichstr. 1, Große Auswahl fertiger Kleidung.

Perd. Gränig, Jungstr. 11, Teleph. VII 7964.

Willy Knoke, With Koch, Nept, Wissemannstr. 26.

Metzners, Fisch, With, N., Swinowstr. 31.

Menschenwaren, Belwe Nef, Otto, Grünberg, Nacht, M., Seidel, M., M. Anders.

Möbelmagazine, Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlothenburg, Brandt, Max.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen, Herm. Adler, Berlin, Schloßstr. 119.

Partei-Angelegenheiten.

Adlershof. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Raul, Bismardstr. 16: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Max Groger.

Biesdorf. Heute: Abends bei Gustav Berlin, Marzahnstr. 24. Beginn 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Heinrich S t a h m e r: Das Genossenschaftswesen. Die Bezirksleitung.

Pankow. Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Kronecke, Berliner Str. 27: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevertreter; Neuwahl der Bezirksleitung; Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Vorsigwalde-Wittenau. Morgen Donnerstag, den 21. September, in den Vorsigwalder Festjalen: Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins. Genosse Biel referiert über: Monarchie und Republik. Umständlicher findet der Frauen-Vesaband nicht am Montag, den 25. d. Mts., sondern am Dienstag, den 26. d. Mts., statt. Genossin Demming referiert über: Die Rechtlosigkeit der Frau.

Berliner Nachrichten.

Die Eigenheimbewegung.

„Gemeinnützige Baugenossenschaft Gartenvorstadt Groß-Berlin (E. G. m. b. H.)“ nennt sich die Eigenheim-Gesellschaft, die zurzeit in den Partieräumen des Krankentassengebäudes für Kaufleute usw., Klosterstr. 72/73, eine Ausstellung für Kleinhäuser arrangiert hat. Diese Ausstellung bietet einen Ueberblick über sämtliche zurzeit vorhandenen Eigenheim-Kolonien, worunter auch die satzbar bekannten, von Unternehmern wie Krupp-Essen ins Leben gerufenen Arbeiterhäuser sich befinden. In Wort und Schrift wird dem Besucher der Ausstellung Auskunft gegeben über die von obiger Gesellschaft geplanten Eigenheim-Kolonien und allerliebste Miniaturhäuschen geben dem Interessenten ein lebendiges Bild von den künftigen Bauten. Diese Häuschen hat man, um die Raumverhältnisse zu veranschaulichen, gleich mit den in Frage kommenden Möbelstücken und Einrichtungsgegenständen ausgestattet, so daß es möglich ist, sich jetzt schon im Geiste einzurichten und die Arrangements zu treffen. In der Ausstellung sind die verschiedenen Typs und Bauarten vorgeführt, so daß dem persönlichen Geschmack genügend Rechnung getragen ist. Dieselbe ist noch bis zum 23. d. Mts. geöffnet und zwar ist die Besuchszeit von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends angelegt. Sicherlich bietet die Ausstellung einen interessanten Einblick in die Eigenheimbewegung und ein Besuch ist auch für den Nichtinteressenten lohnend.

Schiffers Leiden.

Die Schiffer haben viel unter behördlichen Schikanen zu leiden. Welcher Art diese oft sind, geht aus einem Vorfall hervor, der sich am letzten Freitag an der Schleuse in Malz bei Dramenburg abspielte. Dort lagen eine Anzahl Schiffer vor der Schleuse. Weil es nach 10 Uhr abends war, stellten die Leute ihre Tätigkeit ein. Da erschien 1/11 Uhr der Strommeister und forderte die Schiffer auf, loszumachen und weiter zu fahren. Auf den Einwand, es werde nur bis 10 Uhr geschleust, antwortete der Strommeister, er müsse auch länger arbeiten. Seiner wiederholten Aufforderung an die vor der Schleuse liegenden Schiffer, weiterzufahren, wurde nicht entsprochen. Der Strommeister erklärte, es läge eine Bestimmung „von oben“ vor, nach der länger als bis 10 Uhr geschleust werden müsse, er werde es den Leuten schon anstreifen.

Am anderen Morgen 1/4 Uhr weckte der Strommeister den Schiffer mit den Worten: „Gestern wollten Sie nicht schliessen (schleusen), heute müssen Sie schliessen.“ Dabei brauchen die Schiffer vor 4 Uhr nicht zu schleusen. Groß und breit steht in der an den Schleusen angeschlagenen Schleusenordnung, daß im Sommer von 4—10 Uhr, im Frühjahr und Herbst von 5—9 Uhr geschleust wird. Späteres Schleusen kann nur mit Zustimmung des Schiffers geschehen. Man kann es den Schiffern nicht verdenken, daß sie auch ihre Ruhe haben wollen, denn kurz genug ist sie ohnehin, wenn man bedenkt, daß manche von 4 Uhr morgens an gearbeitet haben. Dazu kommt, daß die Schiffer ein großes Risiko eingehen, wenn sie nach 10 Uhr schleusen. Passiert einem Bootsman in dieser Zeit ein Unfall, so verweigert nach den Bestimmungen die Versicherung die Entschädigung, auch kann sehr leicht durch Anfahren an andere Schiffe und Röhre eine Beschädigung eintreten, wofür den Besitzern niemand etwas gibt. Wie wir hören, hat der Strommeister in Malz bestimmte Schiffer festgesetzt, aufsehnend in der Absicht, Anzeige zu erstatten. Es dürfte interessant sein, zu erfahren, welchen Standpunkt die Gerichte einnehmen, die zweifellos angerufen werden dürften.

Der ganze Vorfall aber beweist, unter welcher schwierigen Verhältnissen die Schiffer zu leiden haben.

Die Luftbarkeitssteuer begraben.

Gestern hat der von der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Ausschuss zur nochmaligen Beratung der Luftbarkeitssteuer sich über das Schicksal dieses Steuermonstrums endgültig schlüssig gemacht und die von ihm früher empfohlene Vorlage abgelehnt. Maßgebend war für verschiedene frühere Befürworter dieser Steuer der Umstand, daß keine Aussicht besteht, die königlichen Theater zu der Steuer heranzuziehen; in Wirklichkeit scheint eher der große Widerstand und Widerwille weiter Kreise der Bevölkerung der wirkliche Grund zu sein, daß der Wechselbalg endlich verscharrt worden ist. Das Bedauerliche ist nur, daß durch diese Steuer-vorlage und die Haltung der Mehrheit des Stadtverordneten die Berliner Bevölkerung länger als Jahresfrist in unnötiger Weise fortgesetzt beunruhigt worden ist. Wäre man den sozialdemokratischen Anträgen auf sofortige Ablehnung des Steuervorschlags gefolgt, wäre diese Beunruhigung vermieden worden.

Der Verein deutscher Straßen- und Kleinbahnverwaltungen ist gestern im Sitzungssaale des Reichstages zu einer Tagung zusammengetreten.

Automobil-Postamt. Ein besonderes Postamt wird für die Internationale Automobil-Ausstellung eingerichtet, die vom 12. bis zum 22. Oktober im Ausstellungsgelände am Zoologischen Garten stattfindet. Die Ausstellung erhält eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle. Das Postamt führt die Bezeichnung „Berlin W., Internationale Automobil-Ausstellung“. Es ist werktags von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags, Sonntags von 12 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Die

Postanstalt wird dem Postamt Berlin W. 50 in der Marburger Straße als Zweigstelle zugeteilt.

Wo bleibt die Sonntagsruhe für die Handelsangestellten?

Der Sommer ist nun vorübergegangen, ohne daß die Handelsangestellten zu der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossenen dürftigen Sonntagsruhe gekommen sind. Der Grund der Verzögerung liegt in dem Umstande, daß der Berliner Magistrat mit den Vororten gemeinsam handeln wollte. Diese Absicht führt aber zu einer ins Ungeheure gehenden Hinausschiebung der sozialen Frage, weil einige Vororte noch langsamer als Berlin arbeiten. Jetzt teilt der Magistrat zu seiner Entschuldigend folgenden mit:

„Nach den Berichten der Presse ist in den Kreisen der in Ladengeschäften beschäftigten Handlungsgehilfen und sonstigen Arbeitsträften eine starke Beunruhigung hervorgerufen, weil die von den städtischen Behörden der Vororte vor längerer Zeit bereits beschlossene Einschränkung der Sonntagsarbeit noch nicht eingeführt worden ist. Es soll durch Ortstatut festgelegt werden, daß in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter — abgesehen vom 1. Weihnachts-, Ofter- und Pfingsttage, an welchen ihre Beschäftigung überhaupt unterliegt ist — an Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September nur von 8—10 Uhr vorm. und in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April nur von 12—2 Uhr mittags beschäftigt werden, soweit nicht Ausnahmen durch die hierfür zuständigen Behörden festgesetzt werden. Die Einschränkung soll auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie auf den Handel mit Blumen keine Anwendung finden. Den Erlaß eines solchen Ortstatuts, das der Genehmigung des Oberpräsidenten bedarf, hat der Magistrat davon abhängig gemacht, daß die an Berlin angrenzenden Vororte eine gleiche Regelung der Sonntagsarbeit treffen. Bisher steht noch die Zustimmung verschiedener Vororte trotz mehrfacher Erinnerungen aus. Nachdem jetzt der Magistrat in Wilmerdorf beschlossene hat, ein gleiches Ortstatut zu erlassen und zu erwarten steht, daß die Stadtverordnetenversammlung von Wilmerdorf dem Beschluß demnächst beitreten wird, wird der Magistrat von Berlin alsbald die weiteren Schritte tun.“

Wäre der Magistrat von Berlin selbständig vorgegangen, so wären zweifellos verschiedene Vororte schon gefolgt und die Handelsangestellten hätten längst die beschlossene Sonntagsruhe.

Die Verkehrsdeputation genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung das Projekt eines Benzinslagers auf dem Osthafen. Danach wird die Möglichkeit gegeben, dort eine Menge von 1 000 000 Litern feuergefährlicher Flüssigkeiten in unsicherer Weise zu lagern. Die Aufbewahrung des Benzins erfolgt unter Druck von Kohlenäure in Tanks nach dem System Martini Hünke, das sich bei dem Brande des Viktoria-Speichers vorzüglich bewährt hat. — Die Deputation genehmigte, daß die Zahl der für den Osthafen in Aussicht genommenen Kräne um 2 vermehrt, also auf 11 erhöht wird. — Am Humboldtshafen, Alexanderufer, soll ein vierter elektrischer Kran errichtet werden.

Der habgierige Fiskus

will selbst Unterhaltungen versteuern, die die Stadt Berlin an eine Reihe gemeinnütziger Vereine gibt. Es wird hierzu berichtet:

Die Stadt Berlin gewährt vielen Vereinen und Gesellschaften, deren Bestrebungen mildtätigen und gemeinnützigen Zwecken gewidmet sind, zum Teil sehr erhebliche Zuwendungen. Diese Unterhaltungen erfolgen natürlich nicht in der Absicht, den betreffenden Vereinen eine Schenkung zu machen; sie werden ihnen vielmehr von der Stadt nur für bestimmte Zwecke gewährt und die Stadt übt eine genaue Kontrolle über ihre Verwendung aus, die Zuwendungen sind also lediglich eine Abgeltung für die von den Vereinen im öffentlichen Interesse gemachten Aufwendungen. Das königliche Stempel- und Erbschaftsteueramt Berlin sieht merkwürdigerweise diese Zuwendungen als Schenkungen an und hat neuerdings die unterstügten Vereine auf Grund des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 zur Schenkungsteuer veranlagt und zum Teil die Steuer auch für die Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes nachgefordert. Soweit bisher bekannt geworden ist, sind von dem Zentralverein für Arbeitsnachweis von der städtischen Zuwendung für 1910 in Höhe von 59 000 M. 7670 M. Steuern (d. i. 13 Proz.), von der städtischen Zuwendung für 1911 in Höhe von 69 000 M. 8970 M. (d. i. 13 Proz.) festgesetzt worden. — Von dem Verein der Kinder-Vollstärker ist von allen seit 1906 dem Verein von der Stadt gezahlten Beträgen eine Steuer von 10 Proz. beansprucht. — Von dem Zentralkomitee für Jagnpflege in den Schulen wird eine Steuer von je 5 Proz. von den Zuwendungen im Jahre 1910 (10 000 M. und im Jahre 1911 15 000 M.) gefordert. — Wegen des Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungen- und Alkoholkranken sind ebenfalls 5 Proz. Steuern für die Zuwendungen von 30 000 M. im Jahre 1911 festgesetzt worden. — Der Verein für die Berliner Arbeiterkolonien soll von der diesjährigen städtischen Zuwendung von 15 000 M. 750 M., also 5 Proz. zahlen, und die Elisabeth-Stiftung für Waisen und Waisen unbeförderter Kommunalbeamter ist bis 1908 zurück für jedes Jahr mit 5 Proz. Steuern von der städtischen Unterstügung veranlagt worden. In den Fällen, wo die Steuerbehörde nur 5 Proz. von der zugewendeten Summe verlangt, steht die Steuerbehörde offenbar auf dem Standpunkt, daß für diese Zuwendung der § 12 des Gesetzes zur Anwendung kommt, weil es sich um solche inländische Stiftungen, Gesellschaften, Vereine oder Anstalten handelt, die ausschließlich kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen und mit juristischer Persönlichkeit ausgestattet sind oder bei denen die Verwendung der Unterstügung zu dem bestimmten Zwecke gesichert ist; während die Steuerbehörde bei den anderen Vereinen, wo sie mehr als 5 Proz. fordert, die Anwendbarkeit des § 12 offenbar nicht annimmt. Der Zentralverein für Arbeitsnachweis, der Verein der Kindervollstärker, das Zentralkomitee für Jagnpflege in den Schulen und das Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungen- und Alkoholkranken haben gegen die Veranlagung zur Erbschaftsteuer Beschwerde erhoben, aber die eine Entscheidung bisher noch nicht eingegangen ist. Die Veranlagung derartiger Zuwendungen zu der Reichserbschaftsteuer kann als gerechtfertigt nicht angesehen werden; sie ist schon aus rechtlichen Gründen unzulässig; denn eine Schenkung kann nicht als vorliegend erachtet werden, weil die Zuwendungen nur zur Abgeltung von Gegenleistungen gemacht werden. Im übrigen gelangt man bei dieser Praxis des Steuerfiskus zu einem eigentümlichen Resultat: an eine Veranlagung zu der Steuer könnte überhaupt nicht gedacht werden, wenn die Stadt Berlin die Zwecke der fraglichen Vereine, Stiftungen usw. selbst erfüllen würde. Die Stadt tut dies nicht; sie überläßt zahlreichen Vereinen dieses Tätigkeitsfeld und gewährt ihnen für ihre Zwecke Geldunterstügungen. Von diesen Zuwendungen wird nun von den betreffenden Vereinen eine Schenkungsteuer erhoben.“

Die Stadtbahnbederter, von denen man längere Zeit nicht viel mehr hörte, fangen jetzt wieder eifriger an zu „arbeiten“. Die „Spezialisten“, die jetzt bei dem kühleren Wetter nicht viel Gelegenheit mehr finden, suchen wieder die geschützten Räume, besonders die Eisenbahnwagen heim. Ein erhebliches Opfer brachte ihnen Montag abend zwischen 10 1/2 und 11 Uhr auf der Strecke von der Börse bis nach Westend ein Arbeiter Hubert L. aus der Spielhagenstraße. Der Mann schlief während der Fahrt ein und erwachte erst auf dem Endbahnhof. Hier sah er zu seinem Schrecken, daß Fledderer ihm die Hosentaschen ausgehauen und seine Börse herausgeholt hatten. Sie enthielt 300 M. bares Geld, darunter auch ein Krönungsdiplom mit dem Bildnisse des württembergischen Königs-paares, und einen Jagdschein.

Einen grauenigen Hund machte man Montag in einem Hotel in der Eichendorffstraße. Dort entdeckte man im Klosett die Leiche eines neugeborenen Kindes. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt und

nach dem Schauhaufe gebracht. Spuren äußerer Gewalt sind an ihr nicht zu finden. Die Mutter ist ein etwa 26 Jahre altes Mädchen, die sich Hedwig Kirschke nannte, in dem Hotel kurze Zeit wohnete, bei der Auffindung der Leiche aber verschunden war.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern vormittag gegen 11 Uhr in dem Hause Voigtstraße 7/8 ab. Dort wohnt der Barbier Erler mit seiner 27jährigen Frau in der vierten Etage. Er befand sich in finanziellen Schwierigkeiten und sollte deshalb am gestrigen Tage seine Wohnung räumen. Darüber war es zwischen dem Ehepaar zu Streitigkeiten gekommen. Frau E. begab sich um die genannte Zeit auf den Boden des Hauses und sprang aus der vierten Etage auf den Hof hinab. Die Unglückliche stürzte mit dem Kopf auf die Steinfliesen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Beim Spielen vom Kahn gefallen und ertrunken ist gestern vormittag der 9 Jahre alte Sohn Richard des Schiffseigners Stengel aus Deutschforde bei Bromberg, der mit seinem Getreidelahn seit zwei Tagen am Speicher auf dem Grundstück Mühlenstr. 79 liegt. Der Knabe spielte mit seiner 11jährigen Schwester Meta auf dem verlor das Gleichgewicht, fiel von der Laufbahn ins Wasser und ging gleich unter. Die Schwester rief um Hilfe und Stengel machte sich mit seinen Leuten und anderen Schiffen sofort an die Rettungsarbeit. Man fand den Knaben auch schon nach etwa fünf Minuten und landete ihn. Er war bereits tot. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern vormittag 9 1/2 Uhr in der Pallasstraße 18 zugetragen. In ihrer Dachwohnung wollte dort ein Fräulein Anna Heidrich auf der Kochmaschine Wohnermasse zubereiten. Dabei löschte die Masse über und setzte die Kleider des Fräuleins in Brand. Im Nu glück die Unglückliche einer Feuerfalle. Auf die Hilfe eilten andere Hausbewohner hinzu und erstickten die Flammen durch Aufwerfen von Decken. Fräulein Heidrich hatte aber schon am ganzen Körper schwere Verbrennungen davongetragen. Es wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr nach dem Krankenhaus Am Friedriehshain gebracht, wo es in bedenklichem Zustand daniederliegt.

Vor dem Spiegel erschossen hat sich gestern vormittag der 40 Jahre alte Jollasist Wilhelm Reumann aus der Quinhofstraße 130. Reumann verlor vor drei Jahren durch den Tod seine erste Frau und war seit einem Jahre wieder verheiratet.

Auf seiner Arbeitsstelle vergiftet hat sich der 42 Jahre alte Zeichner Georg Sibath aus der Vittauerstr. 3, der in einer Photographie-Vergrößerungsanstalt in der Wulferbauener Straße beschäftigt war. Der Mann war nervenleidend und herzkrank und konnte schon seit Wochen nicht mehr schlafen.

Zeugen gesucht. Am 18. Februar 1911, abends kurz vor 8 Uhr, wollte eine Frau mit der Elektrischen vom Spittelmarkt nach Lichtenberg fahren. Beim Einsteigen fiel sie rückwärts vom Wagen. Diejenigen, welche den Vorfall gesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse bei Hamann in Lichtenberg, Wilhelmstr. 3, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Das „vorbildliche“ Wilmerdorf.

Wilmerdorf, das im Kranze der Groß-Berliner Gemeinden eine fast sprichwörtliche kulturfeindliche reaktionäre Politik treibt, soll mit seinen kommunalen Einrichtungen für viele Provinzstädte vorbildlich sein. So behauptet wenigstens die „Wilmerdorfer Zeitung“. Wir lesen in genannten Blatte:

Wie weit verbreitet in deutschen Vaterlande bereits die Kenntnis von der gediegenen Eigenart unserer Stadt und ihrer Einrichtungen, Verwaltung und Erweiterung sind, erhebt aus vielen Einzelheiten, die gelegentlich der Stadtverordnetenversammlungen in den größeren Provinzstädten zur Sprache kamen. So schreibt uns einer unserer Mitarbeiter, daß es ihm gelegentlich einer sechsmonatigen Studienreise in west- und mitteldeutschen Städten öfters aufgefallen sei, daß Wilmerdorf anfangs, aber als „nachahmenswertes Beispiel“ hingestellt zu werden. In einer ganzen Reihe von Städten ist stark hervorgehoben worden, welche Erfolge die kommunale Seefischhalle in Wilmerdorf gleich im ersten Jahre gehabt habe und welche sie nun auch erst recht in diesem kommenden Feuerungsjahre „sine exemplo“ haben werde. Nur diese Tatsache konnte die Anträge auf Einführung solcher Seefischhallen durchbringen. Ferner wird sehr die Neuanlage in unserem Südwestgelände, die „Gartenstadt“, gepriesen und in Erfurt, Weimar zum Teil bereits nachgeahmt. Auch in Naedlinburg und Halberstadt sowie in Braunschweig steht man Anlagen dieser Art mit Zuvorkommen sympathisch gegenüber. Auch die Anlage zahlreicher großer Blöge wird als musterhaft anerkannt. Unser Verkehrsweisen, die Feuerwehr, die Schulverhältnisse usw. werden oft — für gründliche Kenner fast übertrieben — gelobt und als „maßgebende Einrichtung“ hingestellt. Früher hatte Charlottenburg mit Recht im Reiche einen guten Klang. Mit Freude konstatieren wir, daß nunmehr Wilmerdorf die meißgenannte Stadt im deutschen Städtebund ist.

Eingeweihte, denen die kommunalen Einrichtungen Wilmerdorfs bekannt sind, werden beim Durchlesen dieser Notiz den Eindruck gewinnen müssen, als habe sich der „Mitarbeiter“ der „B. Ztg.“ eine Satire erlaubt. Denn daß jemand allen Erstes von Wilmerdorf als von vorbildlichen kommunalen Einrichtungen sprechen kann, ist schlechterdings nicht anzunehmen. Betrachten es vielleicht die fraglichen Provinzstädte als vorbildlich, daß das über hunderttausend Einwohner zählende Wilmerdorf noch immer kein Krankenhaus hat?

Vor längerer Zeit hat es das Ortsblatt als eine sozialpolitische Großtat gepriesen, daß das reiche Wilmerdorf lumpige zweitausend Mark zur Errichtung einer Zahnklinik zur Verfügung stellte. Vergangene Woche aber hat die reaktionäre Stadtverordnetenmehrheit unter Anferachlassung alles parlamentarischen Brauches, wonach auch dem Gegner das Wort zu einer Sache verstatet wird, 50 000 M. für die Errichtung eines Kolonialdenkmals hergegeben.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung lehnte es ab, auf ihrem Grund und Boden und mit ihren Mitteln das Andenken an die furchtbaren Kolonialgruel durch die Errichtung eines Denkmals zu verewigen.

Die Wilmerdorfer Stadtbäter aber, die sonst jeden Groschen, der für den Armen- und Wohlfahrtsrat gefordert wird, strikte ablehnen, warfen sofort aus allgemeinen Mitteln die lumpigen 50 000 M. hierfür aus.

Jedenfalls wird auch dieses Denkmal gewissen Provinzstädten als vorbildliche kommunale Einrichtung erscheinen. Unter den Groß-Berliner Gemeinden gibt es in sozialpolitischer Beziehung keine rückständigere Stadt wie Wilmerdorf. Mit einer kommunalen Seefischhalle erobert man sich noch nicht den Ruhm, vorbildlich zu sein, und die Gartenstadt ist lediglich im Interesse der reichen Leute geschaffen, die in ihrem Wohlbehagen für die Not der unteren Schichten kein Verständnis haben.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Vortrags-Stellvertreter Genosse K o l l e n b u r g teilte zunächst mit, daß der Delegiert des Krankenhauses Stadtrat Leidig sein Amt niedergelegt

hat und mithin ein neuer Stadtrat zu wählen sei. Des Weiteren gab der Magistrat der Versammlung davon Kenntnis, daß gemäß des Polizeikostenfestsetzungsgesetzes noch 85 782,02 M. zu zahlen sind. Ein Protest würde nichts nützen, gezahlt müßte doch werden. Richard (lib. Frakt.) als Referent meinte, es müsse erst abgewartet werden, was aus der gemeinsamen Aktion mit den Nachbargemeinden herauskomme, dann wäre zum Zahlen immer noch Zeit. So lange die Zahl der Schüler nicht vermehrt und die Bezirke vernünftig eingeteilt seien, liege keine Veranlassung vor, den Einspruch zurückzuziehen. Die Vorlage wurde dem Staatsauschuß überwiesen. Wegen die Mietung von Räumlichkeiten für den Arbeitsnachweis in der Grunewald- Ecke Schwabikstraße hatte die Versammlung nichts einzuwenden, dagegen wurde beschlossen, daß der Magistrat sich umgefäumt mit den kommunalen Behörden Groß-Berlins in Verbindung setzen solle, um sobald als möglich eine einheitliche Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises für Groß-Berlin zu schaffen. Rummeh gelangten die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zur Debatte. Den Antrag, der Magistrat wird ersucht, die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung an einem Sonntag stattfinden zu lassen, begründete Genosse Bernstein. Redner wies darauf hin, daß in vielen Nachbarstädten bereits die Wahlen auf einen Sonntag festgesetzt seien. Bamberg (lib. Frakt.) erklärte sich namens seiner Fraktion damit einverstanden und beantragt, die Wahlsitzung vom vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr festzusetzen. — Oberbürgermeister Dominikus teilt mit, daß die nächste Wahl verhältnismäßig an einem Sonntag stattfinden soll. Der Antrag wurde mit dem Zufall angenommen. Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lautet: Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, daß bei Ausführungen von Males- und Anstreicherarbeiten, welche durch die Stadt verbergen werden, Farben, die bleibhaftig sind, keine Verwendung finden dürfen.

Genosse Dümmig wies nach, daß die Krankenkasse der Maler auf Grund ihrer Erfahrungen festgestellt habe, daß der größte Teil der Erkrankungen ihrer Mitglieder sowie die Todesfälle auf die Vergiftungen durch Bleiweiß zurückzuführen sind. Darum müsse das Bleiweiß verschwinden und statt dessen Ersatz geschaffen werden. In den Ausschreibungen müssen die Unternehmer verpflichtet werden, keine bleibhaftigen Farben zu verwenden. Der Antrag wurde nach langer Debatte dem Magistrat als Material überwiesen. Hierauf wurde die Wahl der Delegierten nebst Erfahrmännern zum Zweierband vorgenommen. Zu wählen waren 5 Delegierte und ebensoviel zum Ersatz. Davon beanspruchte der Magistrat drei Delegierte und zwei Erfahrmänner, während die liberale Fraktion, auf ihr Stärkeverhältnis pochend, zwei Delegierte und einen Erfahrmann beanspruchte. Den Sozialdemokraten wollte man gnädigst einen Erfahrmann überlassen. Die sozialdemokratische Fraktion beanspruchte jedoch für sich einen Delegierten. Als Delegierte wurden gewählt die Stadträte Wachowicz, Dr. Licht und Böß und Stadtverordnete Gobel und Bamberg (lib. Frakt.), als Ersatz wurden der Oberbürgermeister Dominikus, Stadtrat Kay, Stadtverordnete Gölub, Jacobi und Ruhig (Vereinigt. Reichsmäßig). Da die sozialdemokratische Fraktion auf einem gerechten Verteilungsmodus beharrte, fiel sie bei der Wahl aus.

Gegen die Wichtigkeit der Wählerlisten ist verschiedentlich Einspruch erhoben worden. Die Versammlung trat in eine Prüfung ein und erklärte den Einspruch von sechs Personen als begründet, während alle übrigen keine Aufnahme in die Liste fanden. Nur in einem Fall sollen noch Ermittlungen angestellt werden, ob der Verstorbene auch Preuße ist.

Der dritte sozialdemokratische Antrag verlangte, daß der Magistrat Landereien, welche von der Stadt verpachtet werden, in eigener Regie verpachten solle und nicht an Generalpächter, die sich von den Unterpächtern nach Belieben die Pacht zahlen lassen.

Genosse Obst betonte hierzu, daß, wenn die Gemeinde Land zu verpachten habe, sie dies selbst direkt an die kleinen Leute verpachten solle, denn ein Generalpächter habe stets sein eigenes Interesse im Auge. Nachdem sich K. u. B. (Haudel- u. Frkt.) gegen die Verpachtung an kleine Leute ausgesprochen, wurde die Angelegenheit einem Ausschuss überwiesen. — Die Errichtung einer hauswirtschaftlichen und lausinnigen Fortbildungsschule wurde gleichfalls nach kurzer Begründung einem Ausschuss überwiesen; demselben gehören die Genossen Bernstein, Magnan und Reich an. — In den Wahlvorstand der 8. Abteilung des ersten Bezirks wurden die Genossen Franz Herrmann und Richard Kleemann gewählt. In dem Ausschuss für Umgestaltung der Anabennittelschule und Neuerrichtung einer Mädchenmittelschule sind die Genossen Bernstein, Kater, Mollenbaur vertreten. Hierauf gelangte folgender Antrag der Liberalen zur Beratung:

„Der Magistrat wird ersucht, gemeinsam mit Berlin und den anderen Gemeinden Groß-Berlins Schritte zur Milderung der Lebensmittelsteuerung zu unternehmen.“

Stadtv. Reinbacher (lib. Frkt.) wies nach, daß die Finanzreform und die jetzige Steuerung das Volk und die Beamten immer mehr belasten, während die Agrarier aus dieser Notlage Vorteile ziehen.

Genosse Bernstein meinte, wenn eine Notlage bestehe und ein Antrag auf Abstellung derselben gestellt werde, dann solle auch etwas Bestimmtes gefordert werden. Die Situation sei ernst, da solle man sagen, was man wolle und was geschehen soll. Auf den guten Willen der Nachbargemeinden solle man nicht pochen, dort sei vielfach noch die Rücksichtslosigkeit vertreten. Es müsse so schnell wie möglich gehandelt werden, damit die Regierung den Eindruck gewinne, daß es von allen Seiten drängt. Es sei notwendig, genügend billige Kartoffeln und Gemüse anzuschaffen und zum Selbstkostenpreise mit kleinem Aufschlag an Arbeiter und Kleingewerbetreibende abzugeben. — L. u. B. (lib. Frkt.) fragte an, wann der Seefischverkauf eingerichtet wird.

Genosse Kater betonte, daß bei jeder Gelegenheit schöne Reden gehalten und lange Resolutionsanträge angenommen würden, um nach außen den Anschein zu erwecken, als werde für die Einwohner alles getan. Dabei zahle Schöneberg seinen Arbeitern noch Löhne von 3,75 M. pro Tag. Dadurch zwinge die Stadt die Frauen und Kinder, mitzuarbeiten. Arbeiter würden entlassen aus Furcht, der Etat könnte um einige Mark überschritten werden. Die schwierige Lage der häuslichen Arbeiter sieht man selbst mit fatten Augen an. Genosse Hoffmann teilte mit, daß im Stadtteil 48 Arbeiter entlassen werden sollen, obwohl noch genügend Beschäftigung vorhanden. Dem sollte vorgebeugt werden. Stadtrat Harder meint, es wird niemand entlassen, dies sei nur angedeutet worden. Die Gartenarbeit sei Saisonbetrieb und da könnten die Leute nicht alle gehalten werden. Beschlossen wurde:

„Der Magistrat wird ersucht, wenn möglich in kürzester Zeit möglichst gemeinsam mit Berlin und anderen Gemeinden Groß-Berlins, ebenfalls aber schnellstens selbstständig Schritte zur Milderung der Lebensmittelsteuerung zu unternehmen. Ferner soll die Gemeinde dafür Sorge tragen, daß Gemüse und Kartoffeln zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abgegeben wird.“

Hierauf erfolgte geheime Sitzung.

Friedenan.

Der Anfall der am Montag vorgenommenen Weisheitswahlen zum Gewerbegericht Friedenau hat den „Brüdern in Christo“ gezeigt, daß für sie auf diesem Gebiete keine Erfolge zu erringen sind. Während für die Liste der Gewerkschaftsunterkommission 1070 Stimmen abgegeben wurden, vereinigte der gefamte Ordnungsdrei volle 40 Stimmen auf seine mit soviel Mühe und Not zusammengesuchten Kandidaten. Als am Ende der Wahlhandlung die Herren saßen, wie wenig Verständnis die Arbeiterschaft ihren Bestrebungen entgegenbringt, gerieten sie unter der allgemeinen Heiterkeit der Anwesenden aus der Ruhe, schimpften auf die Wahlvorstandsmitglieder und meldeten unter allerhand Mädchen Protest gegen die Gültigkeit der Wahl an. Vielleicht denken sie uns bei einem zweiten Wahlgang an Stimmen zu überholen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Wiese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gemeindevorsteher Geheimrat Hendrich ist am Montag, den 18. d. M., gestorben. Herr Hendrich war Vertreter der dritten Wählerklasse, es macht sich daher eine Nachwahl zur Gemeindevorstellung notwendig, bei der, wenn die Genossen alle ihre Pflicht erfüllen, das Mandat erobert werden kann.

Eichwalde.

Der Kreisaußschuß erklärte in seiner Sitzung am 19. d. M. die Wahl des Gemeindevorstehers Beutling auf Antrag unserer Genossen für ungültig, da die Stichwahl nicht ordnungsgemäß erledigt wurde. Sollte ein Einspruch gegen den Beschluß des Kreisaußschusses nicht erhoben werden, muß eine neue Stichwahl angeordnet werden.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevorsteherwahl. Zunächst wurde die Jahresrechnung für 1910 vorgelegt und genehmigt. Dieselbe ergab einen Ueberschuß von 20 000 M. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, eine Erhöhung der Marktstandsgelder für Fleisch- und Wurstwaren vorzunehmen, wurde, nachdem sich Genosse Stephan mit der Begründung dagegen gewandt, daß dadurch die ohnehin schon so teuren Fleischpreise noch verteuert würden, abgelehnt. Mehrere bürgerliche Vertreter verlangten eine Erhöhung nur für auswärtige Händler. Der am 1. Pfingstfeiertag stattgefundene Blumentag hat einen Ueberschuß von 3116 M. ergeben, wovon für Entsendung von zehn kranken und schwächlichen vom Schularzt ausgesuchten Kindern an die Ostsee und für Anschaffung von Betten und Wäsche 1215 M. ausgegeben sind. Die noch vorhandenen 1900 M. bot der Ausschuss, welcher den Blumentag geleitet, der Gemeinde an mit der Bedingung, daß dieselben ausschließlich zur Kur für kranke, schwächliche und schlecht genährte Kinder verwendet werden sollen. Die Gemeindevorstellung nahm das Geld an und ermächtigte den Gemeindevorstand, bei vorkommenden Fällen (auch außerhalb der Ferien) davon Gebrauch zu machen. Als selbstverständlich wurde angenommen, daß solche Beihilfe nicht als Armenunterstützung anzusehen sei. Bei Vergebung der Pfasterarbeiten mehrerer Straßen wurde beschlossen, den östlichen Teil der Kirchstraße aus Mischschutt auf die Knabenstraße mit Asphalt zu versehen. Eine längere Debatte entspann sich über die Anlegung eines kommunalen Friedhofs. Vor 1 1/2 Jahren hatte die Gemeindevorstellung einen dahin gehenden Beschluß gefaßt. Da die Kirchenverwaltung jedoch auf die Anlegung eines kirchlichen Friedhofs nicht verzichtete, war man mit derselben in Unterhandlung eingetreten, um eventuell durch teilweises Zusammenarbeiten eine Verbilligung der Ausgaben zu erzielen. Diese Verhandlungen haben jedoch bis jetzt zu keinem Ziele geführt. Die Gemeindevorstellung beauftragte daher den Gemeindevorstand, den Anlauf des dazu nötigen Terrains sowie die dazu nötigen Arbeiten in die Wege zu leiten. Genosse Barth erinnert an den Beschluß betreffs der Gemeindebadanlage und sprach die Erwartung aus, daß dieselbe am 15. Mai nächsten Jahres fertig zum Gebrauch sei.

Neuenhagen (Ostbahn).

Am die Schlagsichtigkeit unserer Organisation für die bevorstehenden Reichstagswahlen zu erhöhen, hat die letzte Kreisvorstandssitzung der Partei unseres durch verschiedene Bahnsituationen getrennten und sehr zerstreut liegenden Bezirks in die drei selbständigen Bezirke: Neuenhagen, Fredersdorf-Petershagen und Bruchmühle unter Vorbehalt zugestimmt. Für Neuenhagen wurden die Genossen Leh als Obmann, Pantray Kassierer und Köseling Schriftführer als Leitung gewählt. Die Expedition befindet sich von jetzt beim Genossen Leh, Neuenhagen, Wolterstr. 21, im Laden. Gleichzeitig werden die Genossen gebeten, für die am kommenden Sonntag in dem bisher für und gesperrt gewesenen Lokal von Soblowial, Dottistraße, stattfindende öffentliche Versammlung roge zu agitieren.

Wegen Sittlichkeitsvergehen an einem 15 Jahre alten Mädchen wurde der hier vorübergehend beschäftigte 38 Jahre alte Zimmermann August Bastelewski verhaftet. Bastelewski lockte am Montag, nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, die fünfjährige Tochter des hier wohnhaften Zimmermanns Paul Walter durch Geldversprechungen in die in der Dottistraße gelegene kleine Wablung, wo er sich an dem Kinde verging. Der Inhold, der Vater von zwei Kindern ist, wurde kurz darauf verhaftet.

Grünau.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Jeserich einen Vortrag über „Wirtschaftliche Kämpfe in der Gegenwart“. Der Referent entlegte sich dieses zeitgemäßen Themas in sehr geschickter Weise. Es setzte eine rege Diskussion ein, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Hierauf wurden von den Genossen Tantom und Schmidt die Berichte von der Kreis- und der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin erstattet. Zum Schluß der anregend verlaufenen Versammlung wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen.

Pankow.

Das Wein abgefahren. Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde der Hülfsweihensteller Schroder aus der Wolkanstraße. Er war auf dem Rangierbahnhof Pankow tätig, als er vorgestern beim Rangieren eines Güterzuges die Gleise überschritt, wurde er von einer Lokomotive erfasst, zu Boden gerissen und mit dem linken Bein unter die Räder geschleudert. Bis zum Anie wurde dem Unglücklichen das Bein vollständig abgefahren. Er fand im Gemeindefrankenhaus Aufnahme.

Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde das vom Magistrat vorgelegte Ortsstatut zur Ausführung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Geplant war die Gegenden am Königsforst. Zur weiteren Bestreitung der Kosten des Wasserwerkes sind noch 185 000 M. erforderlich. Es soll diese Summe als Darlehen von der Kreisparasse entnommen werden. Ursprünglich war das Wasserwerk mit 340 000 M. veranschlagt. Die Mehrausgaben sind durch die erforderliche Anhöhe des Grundstücks sowie die damit verbundene Höherlegung der Brunnen wie auch der Gebäude und die Verhärtung des Wasserturns usw. entstanden. Nach lebhafter Diskussion wurde gegen die 7 Stimmen unserer Genossen die Magistratsvorlage, welche 7000 M. Zuschuß für die übernommene höhere Knaben- und Mädchenschule forderte, angenommen. Von unseren Genossen wurde die Ablehnung der Vorlage damit begründet, daß sie nicht wünschenswert sind, für Einrichtungen, welche nur zugunsten der besitzenden Klasse geschaffen sind, Beiträge aus den Mitteln der Gesamtheit zu opfern.

Weisensee.

Der Vertreter der Zweigvereinsversammlung Groß-Berlin wurde der Bürgermeister Dr. Voelck mit 23 Stimmen und als Ersatzmann der Beigeordnete Dr. Klamroth mit 12 Stimmen gewählt.

Frauen als Kanalisationsarbeiter. In der Friedrichstraße konnte man in den letzten Tagen wieder Frauen beschäftigt sehen, trotzdem der Unternehmer Eilers vertragsmäßig keine Frauen beschäftigen darf. Erst durch die Interpellation unserer Gemeindevorsteher beim Reichsbauamt mußten diese die Arbeitshäute verlassen. Es ist nicht recht verständlich, wie die ansatzführenden Beamten so etwas zulassen können, während die hiesigen Arbeiter vergebens um Arbeit anfragen, nehmen trotzdem täglich Ausländer mit ihren Frauen die Arbeit auf. Natürlich sind letztere billiger und daher haben diese auch den Vorzug.

Potsdam.

Zu einem Gesangschor haben sich die beiden Gesangsvereine „Freier Rännerchor“ und „Solidarität“ verschlossen. Dem Chor gehören 70 Sänger an. Dirigent ist Gen. G. Schönfelder.

Aus der Frauenbewegung.

Wahlfesttag für Kellnerinnen. In Denver, Colorado, Vereinigte Staaten, gelang es den Kellnerinnen, die im Verbände der männlichen Angestellten organisiert sind, eine erhebliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie hatten bisher in solchen Lokalen, die am Sonntag schließen, täglich 11 Stunden, in solchen, die alle sieben Tage der Woche geöffnet sind, täglich 9 Stunden arbeiten müssen. Jetzt ist mit den Unternehmern eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß in den Geschäften mit sieben Tagen Betrieb 8 Stunden pro Tag, in solchen mit sechs-tägigem 9 Stunden pro Tag gearbeitet wird. Da die Mädchen in den dortigen Speisewirtschaften nicht auf Trinkgelder angewiesen sind, so bildete dies auch kein Hindernis für die geforderte Arbeitszeitverkürzung.

Aus aller Welt.

Die Schrecken des Aetna.

Der Lavastrom des Aetna setzt seinen Vernichtungszug immer noch fort. In Castiglano sind 4000 Personen von den Lavaströmen eingekesselt. Trotz dem weigern sie sich, zu entziehen. Die zerstörten Mandel-, Zitronen-, Oliven-, Haselnuß- und Weinanpflanzungen repräsentieren einen Wert von zirka fünfzig Millionen Lire. Die Stadt Castiglano hat zirka 15 000 Einwohner und ist 25 Meilen nördlich von Catania gelegen. Die Lavaströme haben bereits das sehr fruchtbare Gebiet von Alfantari zerstört. Seit drei Jahrhunderten war dieser Teil nicht von Lavaströmen heimgesucht worden. Das Observatorium teilt mit, daß 170, nach anderen Rechnungen 300 Krater sich gebildet hätten, aus denen noch fortwährend Lava ausströmt. Ein Tourist wird vermisst; man befürchtet, daß er ums Leben gekommen ist.

Nichter Thuch.

Zu schweren Exzessen ist es am Montag in der ungarischen Stadt Groß-Wardein gekommen. Mit einem Wagnis trafen drei Räuber ein, die wegen Heberfalls und Verübung eines Holzhandlers Gränberg in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden sollten. Bei der Ankunft auf dem Bahnhofe stürmte eine wütende Volksmenge den Eisenbahnwagen, in dem sich die Verbrecher befanden. Trotz des heftigen Widerstandes eines Gendarmenkorps ergriff die rasende Menge die drei und lynchte sie. An dem Aufkommen der fast zu Tode geprügelten Räuber wird gezweifelt.

Das Amazonenkorps aus Hinterpommern.

Auf einem patriotischen Feste im Dorfe Vartin hat der durch seine parlamentarische Schwerginnszeit in den weitesten Kreisen unbekanntes Reichs- und Landtagsabgeordnete Rittmeister a. D. v. Michaelis auf Gut Duagow in Hinterpommern eine schneidige Rede gegen die Sozialdemokratie gehalten. Nach dem Festbericht der „Schlawer Zeitung“ betonte der Herr Dragonerrittmeister a. D., daß das Pflichtgefühl gegen das Vaterland sich auszuweisen müsse zum energischen Kampfe gegen die grundstürzende Sozialdemokratie und gegen alle, die diesen vaterlandslosen Gesellen Vorschub leisten. Vor allem sei es Pflicht jedes Mannes, jeder Frau und Jungfrau, eifrig der vaterlandslosen Sozialdemokratie entgegenzuarbeiten.

Der Herr Rittmeister ist ein gefährlicher Reuter! Im Gegensatz zu seinem obersten Kriegsherrn, der die Frauen aus der politischen Arena fernhalten will und sie auf den Kochtopf verweist, im Gegensatz zu seinen konserverativen Freunden, strebt er für politische Betätigung der Frauen. Aber Politik ist ein gefährliches Ding. Wenn die Frauen und Jungfrauen Hinterpommerns erst einmal politische Rechte erlangt haben, dürften sie den Herrn Rittmeister vielleicht fragen, warum die konserverbative Partei die Interessen der ländlichen Arbeiter ständig veraten hat. Vielleicht fragt eine von ihnen dann auch, wie es komme, daß der Herr Rittmeister und Reichstagsabgeordnete bei der Reichsversicherungsordnung gegen Mutter- und Säuglings-schutz, gegen die Selbstverwaltung in den ländlichen Krankenkassengestimmte hat. Also lieber kein politisches Amazonenkorps!

Kleine Notizen.

Auch ein Erstklaffler! Kurz nach seiner Ankunft aus London wurde in Wielig in einem Hotel der bayerische Graf Maximilian Montgelas verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Anzeige des Grafen Stanislaw Plater aus Vosen, der den Grafen beschuldigt, ihn durch Falschspiel um 40 000 Kr. betrogen zu haben.

Ein Cholerafall in Niederösterreich. Nach einer amlichen Meldung wurde bei einem aus Freyburg nach Pellenz in Niederösterreich zugewanderten Bäckergehilfen, der dort am 10. September auf freiem Felde tot aufgefunden wurde, bakteriologisch Cholera festgestellt.

Großfeuer in einem Korbferbade. Dienstag morgen zwischen 8 und 9 Uhr geriet angeblich infolge unvorsichtiger Feuerung die erste Strandhalle des Westfers Ostermann in Westerland auf der Insel Sylt in Brand. Das Feuer griff auf die benachbarten Hallen über. Insgesamt sind vier Strandhallen niedergebrannt.

Sonderbares Pech. Auf der Bahnhofstraße in Frankfurt a. M. hat sich der Ausläufer Friedrich Ratho, der vor einigen Tagen für die Frankfurter Firma Veer, Sondheimer u. Co. 10 000 Mark bei der Reichsbank abgehoben hatte und seitdem vermisst wurde, selbst gestellt. Er behauptet, daß er 9 000 Mark verloren habe, und von den übrigen 1000 Mark hatte er nur noch 981 Mark. Ratho wurde in Haft genommen.

Marktpreise von Berlin am 18. Septbr. 1911. nach Ermittlung des Königl. Vorkaufbüros. Marktalltagspreise (Weinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00, Speisebohnen weiße, 35,00—36,00, Linsen 34,00—35,00, Kartoffeln 8,00—12,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,50—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70, Schweinefleisch 1,30—1,80, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,30—2,20, Butter 2,40—3,20, 60 Stück Eier 3,20—4,00, 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40, Kote 1,50—2,50, Zander 1,40—3,50, Hechte 1,20 bis 2,50, Barsche 1,00—2,00, Schlei 1,40—3,00, Fische 0,80—1,60, 60 Stück Stroh 2,50—3,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	18. 9.	17. 9.	am	am ¹⁾		18. 9.	17. 9.	am	am ¹⁾
Remel, Mühl	45	0			Saale, Großh.	85	0	—	—
Regel, Ankerburg	—	—			Havel, Spandau ²⁾	—	—	—	—
Weiße, Döben	—	—			Havel, Rathenow ²⁾	—	—	—	—
Oder, Rathow	91	+2			Spree, Spremberg ³⁾	70	+4		
„ „ „	0	0			„ „ „	86	+2		
„ „ „	10	0			„ „ „	65	—		
„ „ „	—	—			„ „ „	130	+2		
„ „ „	—	—			„ „ „	314	+8		
„ „ „	—	—			„ „ „	102	—		
„ „ „	—	—			„ „ „	59	—		
„ „ „	—	—			„ „ „	30	+6		
„ „ „	—	—			„ „ „	80	+1		
„ „ „	—	—			„ „ „	—	—		

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Niedr. — ²⁾ Unterpegel.